

10/ 2015

P	R	O	J	E	K	T	E
	E						
	G						
	I						
	O						
	N						
	A						
	L						

Arbeitskreis
Landeskunde und
Landesgeschichte im
Regierungspräsidium
Stuttgart

Beispiele jüdischen Lebens in Baden-Württemberg



Die jüdischen Gemeinden in
Jebenhäusen und Göppingen

Erinnerungskultur

Bopfingen-Oberdorf.
Museum zur Geschichte der
Juden im Ostalbkreis

Synagoge Affaltrach. Museum
zur Geschichte der Juden in
Stadt und Kreis Heilbronn

Weitere Unterrichtsmodule
zum Thema „Jüdisches Leben
in Baden-Württemberg“

Inhalt

Grußworte	
Rabbiner Dr. Joel Berger, Landesrabbiner a.D.	3
Johannes Schmalzl, Regierungspräsident des Regierungsbezirks Stuttgart	4
Einführung (Ulrich Maier)	5
Maria Würfel, Die jüdischen Gemeinden in Jebenhausen und Göppingen. Schutzjuden – deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens – Opfer des Holocaust	7
Mignon Geisinger, Erinnerungskultur: Gedenken an die Ereignisse der Pogromnacht 1938 im Spiegel der Göppinger Presse	39
Eva Lienert, Wilhelm Lienert, Bopfingen-Oberdorf. Museum zur Geschichte der Juden im Ostalbkreis	51
Ulrich Maier, Synagoge Affaltrach. Museum zur Geschichte der Juden in Stadt und Kreis Heilbronn	58
Steffen Gassert, Weitere Unterrichtsmodule zum Thema „Jüdisches Leben in Baden-Württemberg“ auf dem Landeskunde- portal des Landesbildungsservers Baden-Württemberg	63
Landeskundebeauftragte im Regierungsbezirk Stuttgart im Schuljahr 2014/2015	73
Landeskundliche Fortbildungsveranstaltungen 2014/15	74
Bisherige Ausgaben von PROJEKTE REGIONAL	75

Impressum:

© PROJEKTE REGIONAL, Schriftenreihe des Arbeitskreises Landes-
kunde und Landesgeschichte im Regierungsbezirk Stuttgart, 10/2015

Redaktion, Satz und Layout: Ulrich Maier

Für die Inhalte der einzelnen Beiträge sind die jeweiligen Autoren ver-
antwortlich. Herstellung: Fleiner Druck, Obersulm-Sülzbach 2014

Titelbild: Armeerabbiner Dr. A. Tänzer im Ersten Weltkrieg, Ausstel-
lungstafel im Jüdischen Museum Jebenhausen, © Archiv und Museen
der Stadt Göppingen

Grußworte



**Rabbener Dr. Joel Berger,
Landesrabbiner a.D.**

Untergang und Neubeginn

„Untergang“ und „Wiederaufbau“ sind scheinbar häufiger wiederkehrende Elemente der jüdischen Geschichte. Jedoch, die vernichtende Zerstörung traf uns während der Jahre der Schoa in Europa mit der ganzen Grausamkeit des modernen Barbarismus. Selbst das Ende des Mordens, die Befreiung, die Errettung, brachten keine rasch aufkeimende Hoffnung, dass ein Neubeginn oder Fortführung jüdischen Lebens leichter, oder auf Grund bewährter Erfahrungen aus früheren Katastrophen doch zu bewältigen sein werde. Die ersten Jahre nach dem Krieg förderten im Süden Deutschlands eine, aus organisatorischer Hinsicht, heterogene jüdische Bevölkerung. Es war eine Restgruppe von überlebenden deutschen Juden und eine relativ größere Gruppe von Menschen, die in den letzten Kriegswochen und Monaten aus den Lagern gerettet werden konnten und nicht aus Deutschland stammten. Sie wurden von den anderen als „Ostjuden“ bezeichnet. Das Bedürfnis nach dem lange vermissten traditionellen jüdischen Leben, führte diese Menschen dazu, die jüdische Gemeinde gemäß ihren Bedürfnissen zu gründen oder neu zu gestalten.

1950/51 konstituierte sich ein neues jüdisches Führungsgremium als Dachorganisation der einzelnen Gemeinden und Verbände, der „Zentralrat der Juden in Deutschland“. Die Betonung des „Geistes menschlicher Verbundenheit“ war ein deutliches Zeichen dafür, dass die Gemeinden ihre religiösen, sozialen und kulturellen Aufgaben ernst zu nehmen versuchten, um ihre klassischen, ureigenen Aufgaben besser bewältigen zu können. Die Arbeit der einstigen „Württembergischer Jüdischen Wohlfahrtspflege“ übernahm die, neben dem Zentralrat 1952 ins Leben gerufene „Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland“.

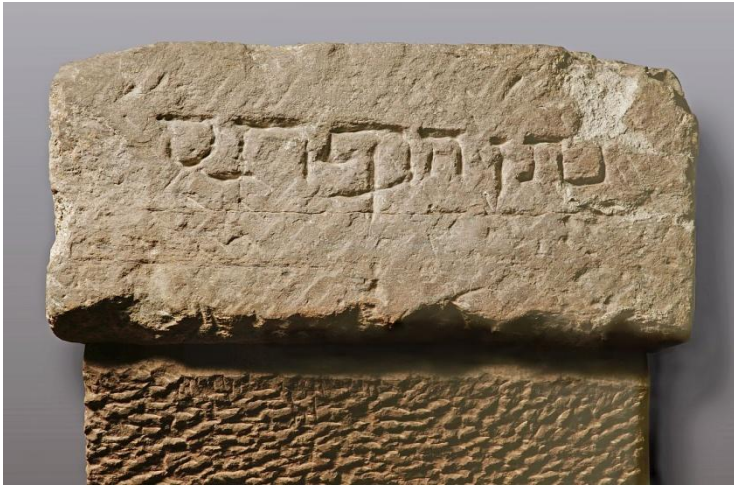
**Johannes Schmalzl,
Regierungspräsident des
Regierungsbezirks Stuttgart**



Die zehnte Ausgabe von *Projekte Regional* steht mit ihrem exemplarischen Ansatz in einer guten didaktischen Tradition. Sie bietet praxisorientierte Zugänge zu Lernorten, an denen sich Geschichte für Schülerinnen und Schüler veranschaulichen lässt.

Nur wer einen Eindruck davon bekommt, wie zugehörig die jüdische Kultur zu Baden-Württemberg war und ist, kann in Ansätzen den Verlust empfinden, den die Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung jüdischer Mitbürger in den Jahren 1933-1945 mit sich brachte. Diese Zugehörigkeit zeigte sich allerdings unter besonderen Vorzeichen. Seit dem späten Mittelalter waren auch die württembergischen Territorialherren dazu übergegangen, Juden aus ihrem Herrschaftsbereich zu vertreiben. Nur die oft gescholtene territoriale Zersplitterung des Südwestens ermöglichte es den auf das Land abgedrängten Juden in kleinen und kleinsten Herrschaftsgebieten lebendige Gemeinden aufrecht zu erhalten. Nach der Mediatisierung 1806 fielen diese Gemeinden – wovon Jebehausen mit rund 500 Mitgliedern eine der größten war – an das Königreich Württemberg. Die Möglichkeit, sich endlich in den Städten niederzulassen oder die Möglichkeit zur Auswanderung nach Amerika ließen die Landgemeinden kleiner und kleiner werden. 1899 verschloss der Jebehausener Rabbi die Tür zur Synagoge; oft blieben nur die Friedhöfe als sichtbare Zeugnisse ländlich-jüdischer Kultur erhalten. Wer nach den Umwälzungen des 19. Jahrhunderts und den Verbrechen des 20. Jahrhunderts jüdischen Traditionen nachspüren möchte, braucht daher einen guten Wegweiser in die Geschichte. Diese Funktion erfüllt das vorliegende Bändchen für den Unterricht an Schulen in ganz hervorragender Weise.

Allen an seiner Entstehung Beteiligten gilt daher mein Dank, insbesondere der Stadt Göppingen für ihre mannigfaltige Unterstützung. Denn nur, wer sich der Geschichte bewusst ist, wird die Zukunft gewinnen!



Der Heilbronner Nathanstein aus dem 11. Jh. © Stadtarchiv Heilbronn

Einführung

„Das Land, das bisher den Juden nur gefühlsmäßig die Heimat war, wurde ihnen jetzt auch gesetzmäßig eine solche. Aus den ‚Fremden‘ waren Württemberger geworden.“ (1) Als Aron Tänzer (s. S. 22 ff.) in seiner „Geschichte der Juden in Württemberg“ diese Worte schrieb, befand sich der Nationalsozialismus bereits im Aufstieg und als sein Werk kurz nach seinem Tode 1937 in Stuttgart erschienen war, hatten die Schikanen der Ausgrenzung jüdischer Mitbürger längst begonnen. Tänzer bezog seine Worte auf die Zeit der Emanzipation der württembergischen Juden.

1828 meldete sich der Abgeordnete von Mergentheim in der zweiten Kammer des württembergischen Landtags von Schlitz zu Wort, als über die Emanzipationsgesetze beraten wurde: „Ich will nicht streiten, ob sie Juden oder Israeliten heißen. Ich nenne sie Württemberger und sie verdienen diesen Namen wenigstens ebenso gut wie die eingewanderten französischen Hugenotten“ (2) Mit der Emanzipation schien die Sonderstellung der Juden in Württemberg ein Ende gefunden zu haben.

Die Tradition der jüdischen Gemeinden im Südwesten reicht weit ins Mittelalter zurück. Ein besonders frühes Zeugnis dafür ist der fast tausend Jahre alte „Nathan-Stein“, den man in der früheren „Judengasse“ in Heilbronn gefunden hat und der die hebräische Inschrift „Nathan ha-Parnas“ trägt, was so viel wie „Nathan der Gemeindevorsteher“ bedeutet. Die Schriftzeichen stammen aus der 2. Hälfte des 11. Jahrhunderts,

sodass man davon ausgehen kann, dass bereits um 1050 in der Reichsstadt Heilbronn, wie wenig später in fast allen südwestdeutschen Reichsstädten, eine jüdische Gemeinde bestand.

Gegen Ende des 15. Jahrhunderts wurden die Juden aus Württemberg und den meisten Reichsstädten ausgewiesen. Häufig schob man religiöse Motive vor, in Wahrheit ging es darum, eine unliebsam gewordene Konkurrenz jüdischer Kaufleute auszuschalten. Schon zuvor waren die Juden immer wieder Opfer von Pogromen geworden, wie etwa 1298, als der fränkische Ritter Rintfleisch gnadenlos gegen sie vorging.

Geistliche Herrschaftsgebiete wie die Johanniterkommende in Affaltrach (vgl. S.58 ff.) oder weltliche Herren wie die Reichsfreiherrn von Liebenstein in Jebenhausen (vgl. S.7 ff.) bzw. die Grafen von Oettingen in Oberdorf (vgl. S. 51 ff.) nahmen heimatlos gewordene Juden auf – gegen die Zahlung eines entsprechenden Schutzgeldes. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts kamen diese kleinen Herrschaftsgebiete mitsamt ihren jüdischen Schutzjuden zu Württemberg. In den folgenden Jahrzehnten wurden sie gleichberechtigte württembergische Staatsbürger.

Die Vertreibung, Verschleppung und Ermordung der deutschen Juden in der Zeit des Nationalsozialismus beendete jäh das über weite Strecken friedliche Zusammenleben von jüdischen und nichtjüdischen Einwohnern in den Dörfern und Städten des Landes. Erst gegen Ende des 20. Jahrhunderts begann man sich der einstigen jüdischen Mitbürger wieder öffentlich zu erinnern und den Dialog mit den noch lebenden aufzunehmen, wie z.B. in Göppingen (vgl. S. 39 ff.).

Das vorliegende Heft möchte mit seinem Hauptbeitrag über die jüdischen Gemeinden in Jebenhausen und Göppingen die wechselvolle Geschichte der Juden im Südwesten an einem Beispiel verdeutlichen. Es möchte aber auch Fragen stellen, wie mit der Erinnerung der an den jüdischen Mitbürgern verübten Verbrechen umgegangen wurde.

Außerdem möchte es auf weitere Unterrichtsmodule der Landeskundebeauftragten zu diesem Thema hinweisen. Auf dem Landeskundeportal des Landesbildungsservers www.landeskunde-bw.de können diese Unterrichtsmaterialien zu „Beispielen jüdischen Lebens in Baden-Württemberg“ für alle Schularten abgerufen werden. Weitere Module werden folgen.

Ulrich Maier

1) Aron Tänzer, Geschichte der Juden in Württemberg, Stuttgart 1937, S. 37 (posthum, Aron Tänzer verstarb 1937)

2) zit. n. Andrea Hoffmann, Schnittmengen und Scheidelinien: Juden und Christen in Oberschwaben, Tübingen 2011, S.52

Maria Würfel

Die jüdischen Gemeinden in Jebenhausen und Göppingen. Schutzjuden – deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens – Opfer des Holocaust

Die Geschichte der Juden in Jebenhausen und Göppingen bildet einen exemplarischen Fall aus der regionalen Geschichte, an dem die Phasen von Schutzjudentum, Emanzipation, Rolle in der Industrialisierung, Assimilierung und Judenverfolgung der NS-Zeit in lückenloser Abfolge aufgezeigt und konkretisiert werden können. Damit liefern Jebenhausen und Göppingen ein vorzügliches Beispiel für die Wechselwirkung von regionaler und überregionaler Geschichte, wodurch der Unterricht besonders ergiebig gestaltet werden kann, unabhängig von Altersstufe und Schulart.

Zentraler Ort für Dokumentation, Information und das Gedenken an die knapp 170 Jahre währende Geschichte der beiden Gemeinden ist das Jüdische Museum in Jebenhausen. Es ist umgeben von den einstigen Plätzen eines im Wesentlichen uns als duldsam und kooperativ überlieferten christlich - jüdischen Nebeneinanders. Für die Zeit nach der Abwanderung vom Land in die Stadt finden sich Überreste sowie Formen kollektiven Erinnerns an zahlreichen Stellen in Göppingen.

1. Das Jüdische Museum Jebenhausen/Göppingen

Das Museum (1) will dieses christlich - jüdische Nebeneinander, wie es über einen langen Zeitraum in Jebenhausen und Göppingen praktiziert worden ist, für den heutigen Betrachter erlebbar machen. Dies unterstreicht der Standort in einer Kirche und die gemeinsame Präsentation von Zeugnissen christlichen und jüdischen Ursprungs. Die Entscheidung für dieses Vorgehen fiel, als die evangelische Gemeinde 1966 ihre neu erbaute Kirche bezog und die alte Dorfkirche funktionslos wurde. Nach ihrer Profanierung und anschließenden Restaurierung wurden die Reste der Kirchengestaltung am Ort belassen. Da es sich u.a. um Epitaphien der Familie der Reichsfreiherrn von Liebenstein handelt, in deren Besitz Jebenhausen gewesen war und die auch die Ansiedlung der Schutzjuden veranlasst hatten, ist damit zugleich ein historischer Bezug zu dieser Familie gegeben. Die Exponate zur jüdischen Geschichte stammen aus dem Kunsthandel, aus dem Besitz von Nachkommen der Jebenhäuser und Göppinger Familien und aus dem Genisa-Fund (2) in der Synagoge Freudental bei Ludwigsburg. Zum Exponat geworden sind nun auch die Kronleuchter und die Kirchenbänke, die beim Abreißen der Jebenhäuser

Synagoge als Geschenk der evangelischen Kirchengemeinde überlassen und dort bis zur Aufgabe der alten Kirche genutzt worden waren.

Durch die Lage der Kirche und damit des Museums nahe dem Ortsende des alten Dorfes und ebenso nahe dem Anfang des ehemaligen jüdischen Jebenhausen besteht eine ganz besonders enge Verknüpfung mit dem Umfeld. Ein einziger Blick aus der Türe des Museums konkretisiert sofort die darin vermittelten Informationen. Dadurch wird nicht nur für jeden Besucher der Erkenntniswert der Museumspräsentation intensiviert, sondern es ergeben sich daraus auch für den schulischen Einsatz der historischen Lernorte von Museum und Dorf Jebenhausen besonders vielgestaltige inhaltliche und methodische Möglichkeiten.

2. Der 7.7.1777

An diesem Tag wurde der Schutzbrief unterzeichnet, mit dem die jüdische Ansiedlung im reichsritterschaftlichen (3) Jebenhausen ihren Anfang nahm. Am selben Tag trafen außerdem die ersten zugewanderten Siedler untereinander eine Vereinbarung, die ihr künftiges Zusammenleben regeln sollte.

Die Gründe für die Entscheidung des Reichsfreiherrn Philipp Friedrich von Liebenstein (mit ihm unterzeichneten auch seine Brüder das Dokument), von dem kaiserlichen Privileg zur Ansiedlung von Schutzjuden (4) Gebrauch zu machen, sind aus der Vorgeschichte erkennbar:

Die kleine Herrschaft wurde ursprünglich neben den Einkünften aus der Grundherrschaft mit den Erträgen aus dem Jebenhäuser Heilbad, entstanden rund um eine Mineralquelle nahe dem Schloss, finanziert. Als diese für längere Zeit versiegt, verlor der Reichsfreiherr dadurch die Einnahmen aus dem Bad. Wohl als Einnahmeersatz siedelte er 1777 Schutzjuden in seinem Ort Jebenhausen an. Außer der Vermehrung der eigenen Einkünfte durch Schutzgeld und Abgaben lag der Ortsherrschaft wohl auch daran, sich zu weiteren Steuereinnahmen zu verhelfen, indem sie den im Ort ansässigen christlichen Handwerkern Arbeit verschaffte: Die jüdischen Siedler durften grundsätzlich keinen bürgerlichen Beruf ausüben und waren darum für den Bau ihrer Häuser auf die örtlichen Handwerker angewiesen.

Genau zehn Jahre nach dem Jebenhäuser Schutzbrief wiederholten die Liebensteiner das Modell im inzwischen erworbenen Ort Buttenhausen auf der Münsinger Alb. In der Ankündigung an die christlichen Bewohner des Ortes, dass bei ihnen eine jüdische Gemeinde errichtet werden



Erdgeschossbereich des Jüdischen Museums. Er entspricht dem Kirchenschiff der ehemaligen Jebenhäuser evangelischen Kirche, von deren Innenausstattung weite Teile beibehalten wurden. Zusammen mit den Exponaten wird so das über Jahrzehnte in Jebenhausen praktizierte christlich - jüdische Nebeneinander für die Museumsbesucher erlebbar. © Archiv und Museen der Stadt Göppingen

solle, berief sich der Reichsfreiherr ausdrücklich auf seine positiven wirtschaftlichen Erfahrungen in Jebenhausen: „Eine zehnjährige Erfahrung in meinem hiesigen Flecken Jebenhausen hat mich mit Überzeugung belehret, dass das nicht schädlich, sondern vielmehr nuzlich,...seye...“ (5)

Der Jebenhäuser Schutzbrief ist trotz der Bedeutung, die den wirtschaftlichen Überlegungen beigemessen wurde (s.u.), ein Dokument, das – verglichen mit anderen – für eine ausgesprochen tolerante Grundeinstellung des Liebensteiners spricht.

Es handelte sich um ein gegenseitiges freies Übereinkommen der Vertragspartner, das zeitlich unbefristet war: Die Ansiedlung wurde gewährleistet, so lange Juden im Reich geduldet würden (Art.1 des Schutzbriefs, Anhang T1).(6). Diese Bestimmung gewährte den Siedlern langfristig eine relative Sicherheit und war darum für sie ein Positivum, wie es andernorts nur selten vorkam. Ferner wurde den jüdischen Siedlern die freie Religionsausübung (Art.7) und weitgehende Selbstverwaltung gewährt (Art.18) sowie eine Synagoge, ein eigenes Gasthaus, in dem koscher gekocht wurde, und ein Friedhof (Art.12) zugesichert.

Natürlich war der Schutzbrief aber auch ein Dokument wirtschaftlicher Überlegungen: So musste z.B. ein beträchtliches Schutzgeld (Art.3,5) bei der Ansiedlung – ausgenommen waren die Erstansiedler – und danach jährlich an die Ortsherrschaft entrichtet werden. Für den Hausbau wurden zu günstigen Bedingungen Parzellen auf Gemeindeland angeboten (Art.4). Diese lagen im Umfeld des Fahrwegs nach Göppingen und waren durch einen Bachlauf und eine Allee vom historisch gewachsenen christlichen Jebenhausen getrennt. Landwirtschaftliche Nutzflächen durften die jüdischen Siedler jedoch nicht erwerben (Art.6). Damit waren sie für ihr Auskommen – trotz der weitaus positiver klingenden Formulierung im Artikel 8 des Schutzbriefes – letztendlich, wie damals noch allgemein üblich, auf Hausier- und Altwarenhandel sowie Viehhandel angewiesen.

Sofort nach der Unterzeichnung des Dokuments machten die ersten Siedler von der ihnen zugestandenen weitgehenden Selbstverwaltung Gebrauch und trafen untereinander eine Vereinbarung, Takkanot genannt, die u.a. die Errichtung der Schule, das Abhalten des Gottesdienstes und die Umlage der anfallenden Kosten regelte.

Die Erfahrungen mit dem Schutzbrief müssen für die Herrschaft so günstig gewesen sein, dass sie 1798 den Vertrag durch einen „Nebenreceß“ erweiterte – zu Gunsten der jüdischen Siedler. So wurden z.B. Rabbiner und Lehrer vom Schutzgeld freigestellt. (7)

Das Ortsbild von Jebenhausen wird bis heute durch die Regelungen des Schutzbriefes über die Form der Ansiedlung geprägt. Das ursprüngliche, christliche, kleinbäuerliche Dorf der Reichsfreiherrn von Liebenstein zeigt die Gestalt eines historisch gewachsenen Haufendorfes, randlich das Schloss und die Reste der angrenzenden Badeanlage. Das ehemals jüdische Jebenhausen zeichnet sich deutlich als geplant angelegtes Straßendorf (Boller Straße, Vorderer und Hinterer [Juden]Berg) im Gesamtbild ab.

3. „Statuta, Ceremonien und Gebräuche“

Zum historischen Aspekt der Beschäftigung mit dem Judentum gehört untrennbar der religiöse. Das Jebenhäuser Museum trägt dem Rechnung und zeigt einen ansehnlichen Bestand an Exponaten zu den jüdischen Festen und damit dem religiösen Leben, das eine bedeutende Rolle bei der Abgrenzung und leider auch Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung von ihrer Umwelt bis heute spielt. Es sind neun große Feste, die den Jahreslauf bestimmen, und über allem stehend die wöchentliche



Schild des Wirtshauses zum König David. Das jüdische Jebenhausen hatte zur Zeit seiner größten Blüte vier Gasthöfe, in denen koscher gekocht wurde. Der älteste war der „König David“. Die Schankgerechtigkeit stammte von 1799. Das bunt bemalte Blechschild mit dem Harfe spielenden König symbolisiert heute – zusammen mit dem Davidstern – das Jüdische Museum. © Dieter Dehnert, Göppingen-Jebenhausen

Feier des Sabbat (Schabbat). Im Folgenden werden innerhalb der Vielzahl des im Museum zum Thema Gebotenen drei Schwerpunkte gelegt, die z.T. nach didaktischen Kriterien (8) ausgewählt sind:

- ein jüdisches Fest – das Chanukkafest
- der Sabbat
- Tora und Synagoge

Das **Chanukkafest**, zu dessen Ritual der Chanukkaleuchter gehört, erinnert an die Wiedereinweihung des zweiten Tempels durch Judas Makkabäus im Jahre 164 v.Chr. Der Überlieferung zu Folge brannte der kleine Rest von geweihtem Öl für den Chanukkia genannten Leuchter statt einen Tag eine Woche lang, bis neues geweihtes Öl bereitet war.

Darum brennt an jedem Tag während des achttägigen Festes in den Häusern am Leuchter eine Kerze mehr. Zum Entzünden wird eine neunte benutzt (deshalb 9-armiger Leuchter). (9)

Da das Fest kein biblisch, sondern ein historisch begründetes ist, wird es nicht in der Synagoge, sondern zu Hause gefeiert – fröhlich, fast ausgelassen, mit festlichem Essen und Beschenken der Kinder. Ein im Museum gezeigtes Programm einer Chanukkafeier aus dem Jahr 1929 im Göppinger jüdischen Hotel Dettelbacher mit Tanzdarbietungen und einem Zaubermärchen belegt dies. Daran wird der Vorschlag einer schulischen Umsetzung anknüpfen. (10)

Das Fest hat allerdings auch einen politischen Charakter, denn es wird als ein Bekenntnis zum Judentum verstanden, weshalb der Chanukkaleuchter zumeist im Fenster aufgestellt und entzündet wird, um von außen gesehen zu werden.

Der Sabbat dient als Zeichen des ewigen Bundes sowohl zur Ehre Gottes als auch zur Unterscheidung des erwählten Volkes von allen anderen Völkern. Biblischer Beleg ist u.a. das Zitat aus dem Buch Exodus (31, 12-17), das aus dem Kontext der Abschlussreden des Herrn an Mose stammt: „Haltet nur ja meine Sabbate! Denn das ist ein Zeichen zwischen mir und euch für alle [künftigen] Geschlechter, damit ihr erkennt, dass ich der Herr bin, der euch heiligt.“ (11)

Es gab zwar Ruhetage auch in anderen antiken Religionen, aber ein Ruhegebot, das Gottesdienst und Arbeitsruhe für den gesamten Haushalt vorschreibt, gibt es nur im Judentum. Seine hohe Bedeutung dürfte sich in der Exilszeit entwickelt haben.

Der Sabbat ist aber nicht nur ein Tag der Ruhe, sondern vor allem der religiösen Besinnung und der Pflege sozialer Kontakte. Er beginnt mit Sonnenuntergang des vorangehenden Tages und endet mit Eintritt der Nacht des Samstags. Vor dem Sabbat erfolgt die Reinigung von Körper und Haus und das Vorbereiten aller Tätigkeiten, die man dann nicht mehr machen könnte, es wäre denn man verfügte über eine nichtjüdische Sabbatmagd, wie es in Jebenhausen durch die Liebensteiner genehmigt war. (12). Am Freitagabend findet ein Synagogenbesuch (der Männer) und das Abendessen (Vorbereitung durch die Hausfrau) statt, gefolgt von einem familiären Beisammensein. Der Sabbat selbst wird mit Synagogenbesuch (Männer und Frauen) und Verwandtenbesuch oder Spaziergang verbracht. Die erlaubte Entfernung, die Sabbatmeile, wurde in Jebenhausen durch Spannen von Drähten markiert. (13)

Die Tora (14) umfasst die fünf Bücher Mose und bildet den Grundstein



Gesetzestafeln vom Toraschrein der Jebenhäuser Synagoge, entstanden in der Erbauungszeit 1804 ©Archiv und Museen der Stadt Göppingen

jüdischen Glaubens. Ihre Auslegung erfolgt im Talmud, der an Talmudschulen gelehrt wird. Der Text der Tora wird auf eine Pergamentrolle von einem eigens dafür ausgebildeten Kalligrafen geschrieben. Sie darf keine Schreibfehler enthalten. Beim Vorlesen der Wochenabschnitte wird ein Zeigestab benutzt, da die heiligen Texte nicht mit der bloßen Hand berührt werden dürfen. Zur Aufbewahrung der Torarolle dient der Toraschrein der Synagoge, der eine Wandnische füllt, die nach Jerusalem ausgerichtet ist und aus dem sie zum Gottesdienst entnommen wird. Die Stelle des Toraschreins markierte bei der Jebenhäuser Synagoge ein Rundfenster in der Außenwand.

Eine **Synagoge** ist kein geweihter Raum im Sinne einer christlichen Kirche. Es müssen nur bestimmte Anforderungen erfüllt werden, von denen das Vorhandensein der Tora ausschlaggebend ist, um ein Gebäude zur Synagoge werden zu lassen. Die religiöse Funktion des Gebäudes endet mit deren Entfernung. Dies macht verständlich, dass das **einvernehmliche** Umwidmen oder gar Abreißen des bloßen Gebäudes einer ehemaligen Synagoge für den gläubigen Juden kein schweres Problem darstellt. Die Jebenhäuser Synagoge z.B. war 1899 nach Aufhebung der jüdischen Gemeinde auf Grund der Abwanderung ihrer Mitglieder nach Göppingen funktionslos geworden, wurde an einen Fabrikanten verkauft

und diente eine Zeitlang als Lagerhaus, bis sie 1905 abgerissen und das Inventar z.T. verschenkt wurde. (15)

Ist eine Torarolle durch langen Gebrauch unleserlich geworden, darf sie, da in dem Text das Tetragrammaton (JHWH) und andere Bezeichnungen Gottes enthalten sind, nicht einfach vernichtet werden. Sie wird entweder begraben oder in eine Genisa (s. Anm.2) gelegt. Der Umgang der gläubigen Juden mit den Torarollen macht das ganze Ausmaß des Furchtbaren der **Pogromnacht 1938** deutlich, in der neben dem Zünden der Brandsätze auch Toraschreine aufgebrochen und die Torarollen zerstört wurden. Dies ist ein ganz wichtiger Aspekt bei der unterrichtlichen Behandlung der Pogromnacht, der unabhängig von Altersstufe und Schulart thematisiert werden muss.

4. Emanzipation und sozialer Aufstieg

Als mit der Mediatisierung die Herrschaft der Liebensteiner im November 1805 endete und das Königreich Württemberg 1806 begründet wurde, erfolgte eine schrittweise Angleichung der jüdischen an die christlichen Untertanen. Im Jahre 1809 wurde ihnen der Zugang zu den damals noch bestehenden Zünften (s. Anhang T2a) (16) erlaubt – in der praktischen Umsetzung war dies allerdings wenig aussichtsreich. Denn da bisher Juden kein Handwerk hatten erlernen dürfen, konnte zunächst eine Ausbildung nur bei christlichen Meistern erfolgen, was allein schon wegen der Einhaltung der jüdischen Lebensformen problematisch war. In Jebenhausen wurde dieser Weg auch kaum beschritten. Außerdem versprachen die Zünften mit ihren im 19.Jh. längst veralteten Bestimmungen keinen wirtschaftlichen Erfolg.

Anders verhielt es sich mit der auch erlaubten Gründung von Manufakturen und Fabriken. Der wirtschaftliche Erfolg der Jebenhäuser Juden beruhte auf dem Einsteigen in das nicht-zünftige **Verlagswesen**, der Grundlage für die sich entwickelnde Industrialisierung – zunächst auf dem Textilsektor. Dabei wurde auf das Potential von Heimwebern zurückgegriffen, die es reichlich im Umfeld gab. In der Göppinger Oberamtsbeschreibung von 1844 werden für Jebenhausen zwei derartige Großbetriebe genannt, von denen der eine am Ort zwar nur 12 Arbeiter beschäftigte, aber 600-700 Heimweber; dabei handelte es sich um die Firma A.Rosenheim & Co., deren Anfänge bis 1828, dem Jahr des Israelitengesetzes, zurückreichten. (17)

Der 1839 in Jebenhausen geborene Moses Jakob Lindauer schilderte in einem Bericht (s. Anhang T3) (18) die negativen Auswirkungen des



Erdgeschossraum des Jüdischen Museums, Präsentation der Anfänge der Jébenhäuser Gemeinde © Archiv und Museen der Stadt Göppingen

Verlagswesens auf die Heimweber, die ihre Webstücke in Jébenhausen abliefern. Sie waren in die Abhängigkeit der Verleger geraten, weil diese ihnen Rohmaterial und Webstühle zur Verfügung stellten und außerdem auch den Vertrieb der Ware übernahmen. Lindauer scheint sich aber nicht dessen bewusst gewesen zu sein, dass diese Situation kein spezifisch Jébenhäuser Problem war, sondern grundsätzlich und überregional die Auswirkung des herrschenden Verlagssystems darstellte.

Das **Israelitengesetz** von 1828 (s. Anhang T2b) (19) forderte als wichtige Voraussetzung für eine Assimilierung die Einführung von Familiennamen und das Erlernen der deutschen Sprache. Es sollten sich alle väterlicherseits dem gleichen Stamm Angehörigen auch auf einen gemeinsamen Familiennamen einigen. Dieser konnte (20) aus einem Herkunftsort abgeleitet werden, aus einem jüdischen Vornamen, einer hebräischen Stammesbezeichnung oder einer Berufsbezeichnung. Jébenhausen bildete in der Frage der Familiennamen allerdings eine Ausnahme. Dort hatte man sich schon 1818 entschlossen, deutsche Familiennamen anzunehmen.

Die Umgangssprache der jüdischen Bevölkerung war Jiddisch. Der Schulunterricht bezog sich allgemein noch im frühen 19. Jh. auf eine

hebräische Lese- und Schreibfähigkeit. Jebenhausen bildete auch da eine Ausnahme: Dort war seit 1818 deutscher Leseunterricht erteilt worden. 1825 wurden mit der Einführung der staatlichen Schulaufsicht über das jüdische Unterrichtswesen in Württemberg Lehrpläne umgesetzt, die sowohl hebräische als auch deutsche Inhalte vermittelten. Nach einem derartigen Elementarunterricht war der Zugang zu den höheren Schulen für die jüdischen Kinder eröffnet und eine wichtige Voraussetzung für den sozialen Aufstieg geschaffen.

Schließlich erfolgte die Festlegung von gleichen Rechten und Pflichten für die „im Königreiche einheimischen Israeliten“ (s. Anhang T2c). (21) Mit der Einführung der Gleichheit vor dem Gesetz war 1864 der Prozess der Gleichstellung der jüdischen mit den christlichen Bürgern des Landes abgeschlossen.

In dieser Zeit des beginnenden wirtschaftlichen Aufstiegs übersiedelten viele Jebenhäuser Juden nach Göppingen, das ihnen vor allem seit dem Anschluss an die Bahn als günstigerer Wirtschaftsstandort erschien. Diese **Abwanderung** (22) von Jebenhausen nach Göppingen war Teil einer weit verbreiteten Wanderungsbewegung, durch die das Landjudentum – seit dem Spätmittelalter die vorherrschende jüdische Lebensform – wiederum in die des Stadtjudentums überging, wie es zuvor in den hochmittelalterlichen Städten bis zu den Judenverfolgungen und Ausweisungen vor allem im Gefolge der Großen Pest anzutreffen war.

Durch die Abwanderung aus Jebenhausen schrumpfte dort die jüdische Gemeinde so stark, dass sie schließlich 1899 aufgehoben wurde. Zeitgleich waren in Göppingen alle Voraussetzungen für eine Neugründung gegeben:

- 1867 Entstehung einer selbstständigen israelitischen Gemeinde,
- 1874 Verlegung des Rabinats nach Göppingen,
- 1880/81 Bau einer Synagoge und Errichtung einer eigenen Abteilung am Friedhof.

Aber nicht nur künftige Unternehmer verließen Jebenhausen, auch andere, die von den Möglichkeiten und Chancen der Emanzipation fasziniert waren. Sie setzten sich damit allerdings auch dem zeitgleich zunehmenden Antisemitismus aus. (23) Ein exemplarischer Fall für diese frühen Aufsteiger ist der im Jahr 1820 in Jebenhausen geborene **Sänger Heinrich Sontheim**, der im Laufe seines langen Lebens – er starb 1912 im Alter von 92 Jahren – die gesamte Aufstiegsphase begleitete.

Er kam aus einfachsten Verhältnissen: Der Vater war Kleinkrämer und Hausierer. Trotzdem ermöglichte er seinem Sohn – typisch für das



Ehemaliges jüdisches Händlerhaus an der Boller Straße. Es wurde als Doppelhaus genutzt. Da die jüdischen Händler im Gegensatz zu den christlichen Bauern im Dorf weder Stall noch Scheune brauchten, wirken ihre Häuser extrem klein und erwecken fälschlich den Eindruck der Armut; denn die Bewohner besaßen zwar keine Reichtümer, konnten sich aber doch ein eigenes Haus leisten. © Maria Würfel, Schwäbisch Gmünd, 2009

Bildungsstreben bei der jüdischen Bevölkerung – schon früh Violinunterricht beim Göppinger Stadtmusikus. Die Stimme des jungen Sontheim fiel auf, wenn er in der Jebenhäuser Synagoge sang. Dort wurde er 18-jährig anlässlich eines zufälligen Besuchs des württembergischen Ministers Vellnagel entdeckt. (24) Dieser vermittelte ihm die Förderung der in Württemberg wirtschaftlich führenden jüdischen Familie Kaulla, so dass Sontheim eine Ausbildung in Musik und Gesang bei zwei Stuttgarter Hofsängern bekommen konnte. 1840 erfolgte die Anstellung beim badischen Hoftheater in Karlsruhe, 1851 beim Stuttgarter Hoftheater. Auf seinen zahlreichen Tournées in Deutschland und ganz Europa, vor allem in Österreich, wurde er als Kaiser der Tenöre gefeiert. Er musste sich allerdings auch ständig mit antisemitischen Angriffen auseinandersetzen, sowohl von Seiten seiner Kollegen als auch der Musikkritiker. Reichlich 50 Jahre alt zog er sich 1872 nach Jebernhausen zurück, erbaute die Villa Wieseneck nebst einem Ökonomiegebäude und wollte ein

beschauliches Landleben führen. Doch gab er es bald wieder auf, kehrte in die Landeshauptstadt zurück und sang noch einmal zehn Jahre die großen Tenorpartien in Stuttgart und auf Tourneen. Die Villa Wieseneck verkaufte er 1889. Das im Stil gründerzeitlicher Bauten errichtete Anwesen (s. Abb. S. 34) dokumentiert exemplarisch den Lebensstil eines durch die Emanzipation aufgestiegenen jüdischen Bürgers.

5. Im Kaiserreich und in der Weimarer Republik

Die mit der Emanzipation beginnende und stetig zunehmende soziale Besserstellung setzte sich etwa ab der Reichsgründung 1871 als ein rasanter wirtschaftlicher und sozialer Aufstieg der jüdischen Staatsbürger fort, der weithin mit ihrem Anschluss an den bürgerlichen Liberalismus und mit ihrer Identifikation mit dem Kaiserreich einherging. Sie bezeichneten sich überwiegend als *deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens* und waren auch 1914 bereit, ihren Beitrag zur Erhaltung dieses Staates an der Front zu leisten. Ihre Interessenvertretung nahm der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens wahr. (25)

Zeitgleich entstand die zionistische Bewegung. Auch in Göppingen gab es eine Ortsgruppe der „Zionistischen Vereinigung für Deutschland“, gegründet 1933 auf Anregung des Ehepaars Siegfried und Gertrud Rohrbacher. Beide wanderten 1937 nach Palästina aus, um sich dort den zionistischen Zielen zu widmen. (26) Man darf aber nicht übersehen, dass außerdem, ebenfalls zeitgleich, ausgehend vom Raum Berlin, angeführt von Adolf Stoecker mit seinem Kampf gegen das sogenannte jüdische Großkapital, eine verhängnisvolle Entwicklung vorangetrieben wurde, durch die – nach einer Formulierung von Hans-Ulrich Wehler – „der moderne Antisemitismus gesellschaftsfähig gemacht wurde“. (27)

Die Stellung der jüdischen Bürger Göppingens ist in dieser Zeit repräsentativ für den allgemeinen Aufstieg: Die ehemals Jebenhäuser Juden hatten Entscheidendes für die Industrialisierung Göppingens geleistet. Es gelang ihnen, in der Baumwollweberei und -spinnerei 18 Betriebe aufzubauen und damit in dieser Branche absolut führend zu werden. Gleiches galt für die Korsettindustrie, in der sie 12 Betriebe etablieren konnten und Göppingen auf diesem Sektor eine überregionale Bedeutung verschafften. Filztuch, Kaliko, Herrenbekleidung, Schürzen und Trikotwaren schlugen weiter im Textilbereich zu Buche. Im Handel waren sie in Göppingen mit acht Manufakturwarenbetrieben, mit einem Warenhaus, vier Konfektionsgeschäften, neun Vieh- und Pferdehandlungen sowie mit zwei Metzgereien vertreten. Zwei Rechtsanwälte, ein



*Die Göppinger Synagoge. Bildtafel im Jüdischen Museum in Jebenhausen.
© Archiv und Museen der Stadt Göppingen*

Apotheker, zwei Ärzte, ein Zahnarzt gehörten ebenso zur jüdischen Gemeinde wie vier Bankiers. Das bekannte Hotel Dettelbacher am Bahnhof hatte als Metzgerei 1862 begonnen. Maier Dettelbacher, aus Jebenhausen kommend, hatte noch im gleichen Jahr ein Restaurant angeschlossen, das später zu einem Hotel ausgebaut wurde.(28)

Nicht übersehen sollte werden, dass trotz dieser starken Repräsentanz im Wirtschaftssektor die jüdische Gemeinde nur eine kleine Minderheit von etwa 300 Personen (Höchststand um 1933: 412) bildete – gegenüber einer Gesamtanzahl Göppingens von 20000.

6. Spuren jüdischen Lebens in Göppingen

Obwohl die Geschichte der jüdischen Gemeinde Jebenhausen mit der Auswanderung nach Göppingen formal endet, ist sie als Vorgeschichte weiterhin präsent. Das Jebenhäuser Museum behält damit für Göppingen seine Zuständigkeit, wenn auch die enge Verknüpfung von Museum und Standort, wie wir sie für das christliche und jüdische Jebenhausen kennen, einem anderen Ansatz weicht und sich damit auch die Art der musealen Präsentation verändert. So wird z.B. ein möglichst weites Feld der Leistung Göppinger jüdischer Bürger mit Hilfe von historischen Abbildungen und Erläuterungen über Monitor abgedeckt, dem dadurch

fast die Rolle eines zentralen Exponats zukommt. Diese Informationsfülle trägt dem ganz anderen Ansatz Rechnung, unter dem die Göppinger jüdische Gemeinde vorrangig betrachtet wird: als ***Teil der Geschichte der Industriestadt Göppingen***. Damit steht die Frage nach der Rolle jüdischer Industrie- und Handelsunternehmen in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur der Stadt seit ihrer Ansiedlung im 19.Jh. im Vordergrund.

Auf der Suche nach Spuren jüdischen Lebens in Göppingen (29) stößt man auf Gebäude, die aus dem 19. und frühen 20.Jh. stammen wie z.B. das Haus des ehemaligen Betsaals (Pfarrstraße 33), das auch Platz für die Wohnung des Rabbiners sowie einen Schulraum geboten hatte und nach der Errichtung der Synagoge zu einem Wohnhaus umgebaut wurde; ferner Geschäftshäuser, Reste von Fabrikanlagen und Untermervillen. Diese haben in der Phase der sogenannten Arisierung und danach Veränderungen erfahren und sind – anders als die Zeugnisse in Jebenhausen – punktuell über die Innenstadt verteilt. Nur für Synagoge und Rabbinatsgebäude ist eine Art Ensemblebildung im Bereich des heutigen ***Synagogenplatzes*** festzustellen:

Die Göppinger Synagoge von 1880/81 wurde in der Pogromnacht 1938 zerstört, die Brandruine gesprengt, der Platz eingeebnet und darauf ein Park angelegt. 1971 erfolgte die Errichtung einer Gedenktafel, 1998 die Benennung des ehemaligen Standortes als Synagogenplatz. Die Inschrift der Tafel lautet: „Hier stand die im Jahre 1881 erbaute Synagoge der Göppinger jüdischen Gemeinde. Sie wurde gegen Recht und Menschlichkeit am 9. November 1938 zerstört.“

Das Rabbinatsgebäude (Freihofstraße 46) wurde von der jüdischen Gemeinde 1908 auf dem an die Synagoge angrenzenden Areal für die Rabbinatsverwaltung, die Wohnung des Rabbiners und des Vorsängers erworben. Das Haus ist heute ein städtisches Behördengebäude.

Ziele einer Spurensuche sind ferner die Gedenktafel für den Rabbiner Dr. Aron Tänzer, die israelitische Abteilung (eingeweiht 1903) auf dem Göppinger Friedhof, die 135 Gräber umfasst, z.T. von hierhin umgebetteten KZ-Opfern, sowie das Mahnmal im Schlossgarten, das allen Opfern der NS-Gewaltherrschaft gewidmet ist, unter ihnen die 92 in Konzentrationslagern umgekommenen Angehörigen der jüdischen Gemeinde.

7. Rabbiner Dr. Aron Tänzer

Stark engagiert sowohl im politischen Leben des Kaiserreichs und der Weimarer Republik als auch im kommunalen Geschehen der Stadt Göp-

pingen war der 30 Jahre dort wirkende Rabbiner Dr. Aron Tänzer. Er arbeitete nicht nur für die jüdische Gemeinde, sondern setzte sich über die konfessionellen und sozialen Grenzen hinweg überwiegend ehrenamtlich für die Stadt Göppingen und ihre Bürger ein.

Wer war Aron Tänzer? (30) Hohe Mobilität über weite Räume kennzeichnet seine Biografie wie die vieler seiner Glaubensgenossen und auch seiner eigenen Familie: Geboren 1871 in Pressburg als Sohn eines Rabbiners strebte er ebenfalls dieses Amt an. Pressburg war im 19.Jh. Zentrum jüdischer Kultur und Theologie im Osten. Tänzer besuchte dort ab 1885 für fünf Jahre die Rabbinatshochschule, danach die Universität in Berlin zum Studium der Philosophie, Germanistik und semitischen Philologie. 1894 wechselte er nach Bern, wo er 1895 promovierte.

Seine erste Stelle war die eines Subrabbiners bei seinem Schwiegervater Mark Handler im ungarischen Totis. Von dort ging er nach Galizien und dann auf die Rabbinatsstelle für Tirol und Vorarlberg in Hohenems bei Bregenz. Nach einem missglückten Versuch, in Meran Bezirksrabbiner zu werden, bewarb sich Tänzer auf die ausgeschriebene Stelle in Göppingen, die ihm am 1.9.1907 übertragen wurde. Mit der Ernennung war der Eintritt in das württembergische Staatsbürgerrecht verbunden.

Bei der Präsentation seiner Persönlichkeit im Jebenhäuser Museum wird versucht, den Facettenreichtum seiner Leistungen in vier Schwerpunktsetzungen einzufangen. Sie lassen sich auf folgende Kurzformel bringen: Aron Tänzer, der Staatsbürger – der Diskriminierte des Nationalsozialismus – der Förderer der Volksbildung in Göppingen – der Wissenschaftler.

Die politische Haltung des **Staatsbürgers** Tänzer war gekennzeichnet durch das Selbstverständnis als deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.(31) Daraus erwuchs sein Wunsch, sich für den Erhalt des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg aktiv an der Front einzusetzen – ohne Rücksicht darauf, was er seiner Familie damit abverlangte (sechs Kinder aus zwei Ehen; verwitwet und wieder verheiratet 1912/13). Obwohl er sich sofort als Kriegsfreiwilliger gemeldet hatte, wurde er erst 1915 einberufen. Zwischenzeitlich engagierte er sich an der sogenannten Heimatfront durch Versorgung von Soldatentransporten, Abhaltung von Friedensgebeten, Arbeit als Aushilfslehrer an der Höheren Töchterschule. 1915 kam er dann an die Ostfront, wo er schließlich als Armeerabbiner der Bug-Armee zugeordnet wurde. Er verstand sich nach eigenen Worten „als Mann des Friedens im Gewande des Krieges“, (32) dabei bezog er sich auf die zu seiner Ausrüstung gehörende Rot-Kreuz-

Armbinde und den Davidstern (s. Titelbild). Außer der Seelsorge widmete er sich dem Lazarettendienst, kümmerte sich um die Lebensmittelversorgung und richtete Volksküchen ein, um der Not der Bevölkerung in Russisch Polen zu begegnen. Er kehrte erst mit dem Ende des Krieges nach Göppingen zurück, gesundheitlich schwer angeschlagen, doch mit Orden ausgezeichnet. So besaß er u.a. das Eiserne Kreuz II. Klasse und das Ritterkreuz I. Klasse des Württembergischen Friedrichsordens.

An seiner Mitgliedschaft im Veteranen- und Militärverein „Kampfgenossenschaft“ erfuhr Tänzer unter dem Nationalsozialismus schon sehr früh schmerzlich die **Diskriminierung**. Er, der sich für den Verein eingesetzt hatte, der 1921 zum Ehrenmitglied ernannt worden war, musste schon im Oktober 1933 den Ausschluss hinnehmen, da der Verein von Seiten der NS-Führung für jüdische Mitglieder gesperrt wurde. Damals schrieb er auf den Ausschlussbrief: „Des Vaterlandes Dank“.(33) Als Tänzer 1937 starb, war die Diskriminierung schon so weit fortgeschritten, dass der Tod dieses um Göppingen so verdienten Mannes von den nichtjüdischen Mitbürgern nicht mehr gewürdigt wurde. Ein einziger nahm an der Beerdigung teil, und dieser wurde dafür in der Presse hart angegriffen.

Von den zahlreichen für das **Kulturleben** der Stadt Göppingen erbrachten Leistungen Tänzers – vor allem Vorträgen im Rahmen der Volksbildungsbewegung – ist bis heute sein Einsatz für die Begründung einer öffentlichen Bibliothek am stärksten im Bewusstsein der Bürger präsent. Schon 1910 setzte sich Tänzer für die Errichtung einer öffentlichen Leihbibliothek ein. Er sammelte durch Aufrufe in der Tagespresse Bücher, so dass er bereits 1911 der Stadt Göppingen 1000 Bände zur Verfügung stellen konnte. 20 Jahre lang verwaltete er ehrenamtlich im Rabinatsgebäude die ständig wachsende Bibliothek.

Zu deren 75. Bestandsjubiläum wurde 1984 eine Gedenktafel am heutigen Bibliotheksgebäude, dem ehemaligen Adelberger Kornhaus, angebracht. Sie zeigt unter dem Porträt Tänzers die Inschrift: „Dem Förderer des guten / Buches, dem Wegbereiter / und ersten Leiter / unserer Stadtbibliothek / Rabbiner Dr. Aron Tänzer / 1871-1937 / in dankbarer Erinnerung / Stadt Göppingen / im Oktober 1984“.(34)

Ebenfalls bis heute geschätzt sind Tänzers **wissenschaftliche Veröffentlichungen**, in denen er sich vor allem an seinen unterschiedlichen Aufenthaltsorten bemühte, die lokale Geschichte der dortigen jüdischen Minderheit zu erforschen und darzustellen. So entstanden: „Die Geschichte der Juden in Hohenems und im übrigen Vorarlberg“ (1905),



*Gedenktafel für Dr. Aron Tänzer. Sie wurde 1984 zum 75-jährigen Bestandsjubiläum der Göppinger Stadtbibliothek dort angebracht und erinnert an die Verdienste Tänzers um die Gründung und Leitung der ersten öffentlichen Bibliothek der Stadt.
© Archiv und Museen der Stadt Göppingen*

während des Krieges die Schrift zur Geschichte der Juden in Brest-Litowsk und 1927 (Anlass: 150 Jahre jüdische Gemeinde in Jebenhausen und 60 Jahre in Göppingen) „Die Geschichte der Juden in Jebenhausen und Göppingen“. In seinem Todesjahr erschien „Die Geschichte der Juden in Württemberg“.

Die *museale Präsentation* von Dr. Aron Tänzer zeichnet sich durch besonders zahlreiche Exponate aus. Sie wurden von dessen jüngstem Sohn Erwin, der in die USA emigriert war, dem Museum überlassen. Zusammen mit seiner Frau besuchte er 1988 auf Einladung der Stadt Göppingen den Ort seiner Kindheit und Jugend noch einmal. Seinen fünf Geschwistern war ebenfalls die Emigration gelungen (Palästina, USA, Australien), nicht aber der Witwe Tänzers. Sie starb 1943 in Theresienstadt.

8. Unter dem Nationalsozialismus

Der durch Adolf Stoecker und seinen Kreis geprägte Antisemitismus des späteren 19. und frühen 20. Jahrhunderts wurde in dem Maß zu einer akuten Bedrohung, wie die nun herrschende Partei ihn mehr und mehr uneingeschränkt praktizieren konnte.

Die Ereignisse vor Ort sind durchweg im Kontext der antisemitischen Maßnahmen im gesamten Reich zu sehen. Dabei gilt auch unter dem Nationalsozialismus wie in den bisherigen Zeiträumen, dass die Vorgänge vor Ort im Hinblick auf die überregionale Geschichte teils als regionalgeschichtliche, exemplarische Beispiele, teils als regionale Varianten zu betrachten sind. Im Folgenden einige derartige Eckdaten zur Geschichte der Göppinger jüdischen Gemeinde: (35)

- Bereits lange *vor 1933* – schon 1922 – hatte die Göppinger Ortsgruppe der NSDAP bei einer Veranstaltung der Partei die Formulierung „Juden haben keinen Zutritt!“ benutzt. Das Thema der Veranstaltung lautete schon damals: Kann ein Jude Staatsbürger sein?

- Der Boykott jüdischer Geschäfte am **1.4.1933** kündigte sich in Göppingen schon im März durch einen Antrag der NSDAP im Gemeinderat an, die städtischen Ämter sollten ihre Einkäufe nicht in jüdischen Geschäften tätigen. Außerdem hielt bereits im Herbst 1933 Julius Streicher eine antisemitische Hetzrede in Göppingen.

- In den Jahren **1934 und 1935** standen im Hinblick auf die Nürnberger Rassegesetze Fragen der Rassenlehre im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion und Aggression. Bei der Aktion „Juden sind hier unerwünscht“ tat sich das Göppinger Hallenbad besonders schlimm hervor.

- In die Zeit von **1936 bis 1938** fällt am 3. Nov. 1936 die Festlegung des Göppinger Vormundschaftsgerichts, dass deutsche Jugendliche nicht in jüdischen Geschäften arbeiten dürften. Außerdem wurde in diesem Zeitraum die sogenannte Arisierung Göppinger jüdischer Firmen vorange-
trieben.

- Den schrecklichen Höhepunkt in diesem Zeitraum bildet die **Pogromnacht vom 9./10. November 1938**. Über Prozessakten und Interviews wurde versucht, den Ablauf in Göppingen zu rekonstruieren.⁽³⁶⁾ Demnach lag die Ausführung bei Angehörigen der SA Geislingen, die in Zivilkleidung nach Göppingen beordert wurden. Nach der Brandlegung wurden wie anderwärts auch vor allem die Schaufenster jüdischer Geschäfte zerschlagen. Eine weitere Phase der Pogromnacht war die Festnahme der jüdischen Männer zwischen 18 und 65 Jahren; 27 von ihnen wurden am nächsten Tag nach Dachau gebracht und längere Zeit, zum Teil bis Januar 1939, dort festgehalten. Eine nicht genau erfassbare Anzahl wurde endgültig verhaftet und deportiert.

Das örtliche Nachspiel war die sogenannte finanzielle Bereinigung des Synagogenbrandes. Die jüdische Gemeinde musste für die Kosten der Niederlegung der Brandruine und der Aufräumarbeiten aufkommen und 3858,85 RM an die Stadtkasse überweisen.

Umzug und Auswanderung 1933 bis 1942: Unter Umzug versteht die Statistik einen Ortswechsel innerhalb Deutschlands. Dieser gelang 85 Personen von den damals insgesamt 412 jüdischen Einwohnern von Göppingen. Auswandern konnten 233 jüdische Bürgerinnen und Bürger; sie wählten bevorzugt die USA als Ziel, gefolgt von England, Belgien und Palästina. Noch in Göppingen verstarben in dem Zeitraum 15 Personen, 79 wurden deportiert, und von einer nicht genau fassbaren Zahl verliert sich überhaupt jede Spur. Die Deportation erfolgte mit den anderen Juden aus Baden und Württemberg in drei Stufen jeweils von Stuttgart aus: Dezember 1941 nach Riga, April 1942 nach Izbica /Lublin, August 1942 nach Theresienstadt.

Die erschütternde Bilanz schließt mit der Feststellung, dass von 79 deportierten jüdischen Bürgerinnen und Bürgern nur 8 Personen zurückkehrten,⁽³⁷⁾ unter ihnen Inge Auerbacher, von der das berühmte Buch stammt „Ich bin ein Stern – ein Kind im KZ“. Sie hatte knapp drei Jahre von ihrem 7. bis 10. Lebensjahr in Theresienstadt zubringen müssen und überlebte zusammen mit ihren Eltern – wohl das einzige Kind aus Württemberg, das dieses KZ überstand.

9. Zeitzeugnis – Das Gebetbuch der Inge Banemann

Zum Schluss sei der Blick auf ein Zeitzeugnis besonderer Art gerichtet: Unter den Exponaten des Museums befindet sich ein schriftlich niedergelegter Zeitzeugenbericht, unterlegt mit einem Objekt, dem Kindergebetbuch eines zur Zeit der Pogromnacht 1938 etwa 10 Jahre alten Mädchens, das zusammen mit seiner Familie der NS-Verfolgung zum Opfer gefallen ist. Die Zeitzeugin war durch einen Zufall aus geraubtem und zur Vernichtung bestimmtem jüdischem Eigentum in den Besitz des Gebetbuchs gekommen und hatte es in ihrem Luftschutzgepäck und noch nach dem Krieg so lange aufbewahrt, bis der Untergang der Familie für sie zur Gewissheit geworden war.

Der Brief (38), mit dem diese Frau das Erinnerungsstück an die ihr gut bekannte jüdische Familie Banemann dem Göppinger Städtischen Museum übergab (s. Anhang T4), ist zwar sprachlich z.T. recht unbeholfen, aber gerade deshalb, weil er auf jede Stilisierung des Vorgangs und der eigenen Person verzichtet, entwirft er ein den Leser beeindruckendes Bild von der Verfolgung und zugleich auch von zwischenmenschlichen Kontakten, die es trotz allem doch noch in dieser Zeit gelegentlich gegeben hatte.

Anmerkungen

1) Hüttenmeister, Gil und Rueß, Karl-Heinz: Jüdisches Museum Göppingen (Begleitband und Katalog), in: Veröffentlichungen des Stadtarchivs Göppingen, Bd.29, Weißenhorn 1992, S.8ff, S.115ff.

Rueß, Karl-Heinz: Würdiges Gedenken und lebendige Geschichtsvermittlung: Das Jüdische Museum in Göppingen-Jebenhausen. in: Orte des Gedenkens und Erinnerns in Baden-Württemberg. Schriften zur pol. Landeskunde Baden-Württembergs, Bd.35, Stuttgart 2007, S.134-139

2) Genisa (Geniza) bezeichnet eine in manchen, meist bedeutenden Synagogen anzutreffende verschließbare Wandnische im Dachstock, in der unbrauchbar gewordene Tora-Rollen und andere Kultgegenstände abgelegt wurden. Weitere Informationen: de.wikipedia.org/wiki/Geniza

3) Als Reichsritter schlossen sich Niederadelige in Franken, Schwaben und den Rheinlanden zusammen. Sie waren reichsunmittelbar, aber nicht im Reichstag vertreten. Ihre wirtschaftliche Grundlage bildeten Burgen, Schlösser, Dörfer, kleine Städte und andere Liegenschaften. Vgl. zu diesem Thema vertiefend die Internetseite: www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_45405#27

4) Schutzjuden: Schon die Karolinger nahmen Juden unter königlichen Schutz, wofür diese einen Schutzzins bezahlen mussten. Der Staufer Friedrich II. unterstellte 1236 alle Juden reichsweit diesem Schutz. Das königliche Hoheitsrecht (Judenregal) wurde seit dem Interregnum an Territorialherren verliehen. Die



*Alte Kirche / Jüdisches Museum. Blick vom einstigen Badhaus nahe dem Schloss über die Alte Kirche zum Bereich der ehemals jüdischen Ansiedlung
© Maria Würfel, Schwäbisch Gmünd, 2009*

Einrichtung des Schutzjudentums endete mit der Emanzipation. Zur weiteren schnellen Information: de.wikipedia.org/wiki/Judenegeal; zur Ansiedlung siehe auch die in Anm.7 genannte Literatur.

- 5) Zitiert nach Hegele, Anton und Rueß, Karl-Heinz (Hrsg.): 800 Jahre Jebenhausen. Vom ritterschaftlichen Dorf zum Stadtbezirk. Göppingen 2006, S.69f.
- 6) Dieser und die folgenden Artikel zitiert nach Hüttenmeister, Rueß (wie Anm.1), S.21. Zum jüdischen Friedhof vgl. Bamberger, Naftali Bar-Giora, Memor-Buch. Die Jüdischen Friedhöfe Jebenhausen und Göppingen, in: Veröffentlichungen des Stadtarchivs Göppingen, Bd.24, Göppingen 1990
- 7) Vertiefende Literatur zum Schutzbrief: Hegele, Rueß (wie Anm.5), S.69f; Hüttenmeister, Rueß (wie Anm.1), S.18-21; Kauß, Dieter: Juden in Jebenhausen und Göppingen. 1777 bis 1945, in: Veröffentlichungen des Stadtarchivs Göppingen, Bd.16, Göppingen 1981, S.5-7; Rueß, Karl-Hein.: Spuren schreiben Vergangenheit, in: Schriftenreihe des Jüdischen Museums Göppingen, 2001, S.4ff.
- 8) Siehe Anhang I, Abschnitt II.
- 9) Information zum Fest und Abbildung des Leuchters siehe Hüttenmeister, Rueß (wie Anm.1), S.43. Der 9-armige Leuchter Chanukkia darf nicht mit dem 7-armigen, der Menora, verwechselt werden. Diese gehört zu den wichtigsten religiösen Symbolen des Judentums, denn sie bedeutet das ewige Licht Gottes im Weltall. Sie ist heute Teil des Staatswappens und steht für den Tempel, da die Menora ursprünglich für das Stiftszelt der Israeliten geschaffen worden war. Vermutlich ist sie als ein Symbol für die Erleuchtung babylonischen Ursprungs. Mehr dazu: de.wikipedia.org/wiki/Menora
- 10) Siehe Anhang I, Abschnitt II
- 11) Zitiert nach: de.wikipedia.org/wiki/Sabbat; dort auch eine übersichtliche kurze Darstellung der Entstehungsgeschichte des Sabbat und seiner Besonderheiten. Außerdem: Hüttenmeister, Rueß (wie Anm.1), S.39; Kauß (wie Anm.7), S.19.
- 12) Vgl. Art.7 des Schutzbriefs, wiedergegeben in Rueß (wie Anm.7), S.4
- 13) Art.7 des Schutzbriefes, wie Anm.12.
- 14) Zu Tora und Synagoge vertiefende, für Schüler gut verständliche Informationen in: de.wikipedia.org/wiki/Tora sowie de.wikipedia.org/wiki/Synagoge; außerdem Hüttenmeister, Rueß (wie Anm.1), S.28f, S.60ff.
- 15) Zum Wesen einer Synagoge allgemein: Reuter, Fritz: Warmeisa. 1000 Jahre Juden in Worms, Worms 1984 (Beiheft 29 zu: Der Wormsgau) passim. Zu Jebenhausen und Göppingen: Kauß (wie Anm.7), S.13ff; Rueß (wie Anm.7), S.12f.
- 16) Dieser und die folgenden Texte zitiert nach Hüttenmeister, Rueß (wie Anm.1), S.26f. Dort auch weitere Erläuterungen zu den Texten
- 17) Rueß, Karl-Heinz: Die jüdische Gemeinde in Jebenhausen und Göppingen. in: Schriften d. Vorarlberger Landesarchivs, Nr. 3, 1987, S.26-42; hier: S.31. Einen zusätzlichen Einblick in die wirtschaftliche Lage in Jebenhausen am Übergang vom Hausierhandel zum Verlagswesen gibt Rohrbacher, Stefan, Die

jüdische Landgemeinde im Umbruch der Zeit, in: Schriftenreihe des Jüdischen Museums Göppingen, 2000, S.24ff.

18) Zitiert nach Rohrbacher (wie Anm.17), S.26f.

19) wie Anm.16

20) Beispiele siehe Hüttenmeister, Rueß (wie Anm.1), S.27

21) wie Anm.16

22) Erweiternde und vertiefende Informationen zur Abwanderung siehe Rohrbacher (wie Anm.17), passim

23) Siehe Abschnitt 5 dieser Arbeit

24) Erweiternde und vertiefende Informationen zu Sontheim und der Stellung jüdischer Musikschafter siehe Jütte, Daniel, Der jüdische Tenor Heinrich Sontheim. In: Schriftenreihe des Jüdischen Museums Göppingen, 2006

25) Zum Centralverein und seiner Bedeutung: de.wikipedia.org/wiki/Central-Verein_deutscher_Staatsbürger_jüdischen_Glaubens

26) Hüttenmeister, Rueß (wie Anm.1), S.82ff.

27) Zur Breitenwirkung Stoeckers und zu den Forschungen von H.-U. Wehler: de.wikipedia.org/wiki/Adolf_Stoecker; dort auch das Zitat

28) Kauß (wie Anm.7), S.28

29) Rueß (wie Anm.7), S.28ff sowie Hüttenmeister, Rueß (wie Anm.1), S.59ff, S.70.

30) Vertiefende Literatur zu Dr. Tänzer: Hüttenmeister, Rueß (wie Anm.1), S.76ff; Rueß, Karl-Heinz: Rabbiner Dr. Aron Tänzer. In: Schriftenreihe des Jüdischen Museums Göppingen, 2002; Rueß (wie Anm.17), S.38ff sowie weitere Beiträge zu Dr. Tänzer in diesem ihm gewidmeten Band; Kauß (wie Anm. 7), S.37ff.

31) Siehe Abschnitt 5 dieser Arbeit

32) Zitiert nach Rueß (wie Anm. 30), S.20

33) Abgebildet in Hüttenmeister, Rueß (wie Anm.1), S.79

34) Zitiert nach Rueß (wie Anm.30), S.15

35) Zusammengestellt in Anlehnung an die Darstellung auf den Dokumentationswänden im Jüdischen Museum und im Begleitband Hüttenmeister, Rueß (wie Anm.1), S.88-114; Kauß (wie Anm.7), S.42-55.

36) Erweitert und vertieft in Rueß, Karl-Heinz: „Was in Paris geschah, das habt ihr zu büßen!“ In: Schriftenreihe des Jüdischen Museums Göppingen, 1998, passim

37) In der Literatur schwanken die Opferzahlen. Hier in Anlehnung an: Hüttenmeister, Rueß (wie Anm.1), S.106f; Kauß (wie Anm.7), S.54f; Rueß (wie Anm.17), S.40

38) Zitiert nach Hüttenmeister, Rueß (wie Anm.1), S.110

Die Internet-Adressen wurden alle zur Kontrolle noch einmal am 19. Februar 2014 eingesehen.

Anhang I

Anregungen zur schulischen Umsetzung - Themen und Methoden

Die unterrichtlichen Umsetzungsmöglichkeiten der mit dem jüdischen Jebenhausen und Göppingen verbundenen Themen sind zahlreich – alters- und damit auch schulartspezifisch. Sie reichen von einfachen Formen des Suchens, Wiedererkennens und Nachspielens über Präsentationsprüfungen bis zum Großprojekt des Seminarkurses. Die meisten von ihnen können in arbeitsteiliger Gruppenarbeit erschlossen werden. Deren Ergebnisse – in Präsentationen vorgetragen – liefern die Bausteine zur Darstellung der Entwicklung der jüdischen Gemeinden von Jebenhausen und Göppingen.

Wird am Lernort gearbeitet, finden die Gruppen zunächst im Museum das für ihre Aufgaben Geeignete, beziehen aber vielfach in Form einer Spurensuche weitere Lernorte wie etwa das Ortsgebiet von Jebenhausen mit ein. Beschränkt sich die Arbeit auf das Klassenzimmer, bietet sich als angemessene Methode z.B. der Lernzirkel an, dessen Materialeinheiten sich an den Schwerpunktsetzungen im Museum orientieren.

Die in den folgenden Themen aufgezeigten Umsetzungsvorschläge sind nicht ausschließlich für eine bestimmte Altersgruppe oder Schulart entworfen. Sie sind vielmehr Anregungen, aus denen für unterschiedliche Lerngruppen jeweils das Passende ausgewählt oder auf sie abgestimmt werden kann – sowohl hinsichtlich der Methoden als auch der Themen.

I. Der Schutzbrief

Große Bedeutung kommt der Arbeit mit dem Schutzbrief als Dokument sowohl der Toleranz als auch der wirtschaftlichen Belange zu. Seine Aussagen sollten möglichst durch Befunde vor Ort erweitert und konkretisiert werden. Das Museum liefert dafür z.B. das Ortsmodell, das die im Schutzbrief enthaltenen Bauvorschriften für die jüdischen Siedler in der praktischen Anwendung spiegelt. Diese Vorschriften können aber auch im Rahmen einer Spurensuche direkt im Dorf Jebenhausen nachvollzogen werden. Auch lässt sich eine solche Spurensuche noch weitergehend einsetzen, indem sie z.B. mit einer Fotodokumentation kombiniert wird, deren Ergebnisse dann in der Nachbereitungsphase für eine Wandzeitung oder eine kleine Ausstellung in der Schule genutzt werden können.

Wird ausschließlich im Klassenzimmer gearbeitet, kann man sich als Ergänzung zur Textarbeit mit einer Abbildung des Ortsmodells oder einer Luftaufnahme von Jebenhausen behelfen.

II. „Statuta, Ceremonien und Gebräuche“

Die Inhalte, die sich mit der Religion beschäftigen, sind wegen ihres hohen religiösen Anspruchs für eine handlungsorientierte unterrichtliche Umsetzung nur bedingt geeignet, da allzu leicht religiöse Empfindungen verletzt werden können. Eine Ausnahme bildet das Chanukkafest (39) mit seiner überwiegend weltlichen Orientierung. Trotzdem bietet es aber doch auch Einblick in religiös bestimmte Bräuche und Überlieferungen. Das Fest in der Schule nachzuspielen, ist ohne allzu großen Aufwand über folgende Schritte machbar: Erzählen der Überlieferung als Einstieg – Entzünden der Kerzen – Austausch kleiner Geschenke (etwa Süßigkeiten) – Essen vor allem von in Öl Ausgebackenem (z.B. Berliner Pfannkuchen) – anschließend authentische Spiele, vor allem das Dreidelspiel und das Spiel ‚Glocke und Hammer‘, deren Spielregeln über die Eingabe des Suchbegriffs im Internet zu finden sind. Spiele bilden einen festen Bestandteil der Feier, weil nach altem Brauch während des Brennens der Kerzen nicht gearbeitet werden darf.

III. Emanzipation – Heinrich Sontheim

Die Texte zur Emanzipation sind unabhängig vom Arbeitsort (Lernort Museum oder Klassenzimmer) die Grundlage für Quellenarbeit, deren Ziel es u.a. ist, auf eine gewisse Ambivalenz hinzuweisen, die emanzipatorischen Maßnahmen eigen sein kann: Die Schülerinnen und Schüler sollen erkennen, dass bei allem erfreulichen Fortschritt für die Betroffenen gelegentlich auch massive, negativ empfundene Einschnitte in ihren bisherigen Gewohnheiten auftraten wie z.B. die Einführung der Familiennamen.

Die Recherchen, die eine Schülergruppe zur Erstellung der Biografie von Heinrich Sontheim anstellt, gestalten sich für sie im Museum durch die dort gezeigte Inszenierung motivierender, als dies im Klassenzimmer möglich ist. Auch wirkt die anschließende Präsentation der erstellten Biografie vor Ort vor der Figurine des auf der Bühne stehenden Sängers authentischer.

IV. Von Jebenhausen nach Göppingen – die Industrialisierung

Obwohl der Weg der Industrialisierung von Jebenhausen nach Göppingen geführt hatte, ist der unterrichtliche Ansatzpunkt bei der Bearbeitung der Rolle jüdischer Unternehmer in der Regel nicht Jebenhausen, sondern die Industriestadt Göppingen, denn sie wird bevorzugt als regionales Beispiel im überregionalen Thema der Industrialisierung einge-

setzt. Aus der Beschäftigung mit ihrer Geschichte entwickelt sich die Bedeutung der jüdischen Fabrikanten und Kaufleute heraus.

Das Thema der Industriestadt Göppingen ist sehr umfangreich. Es empfiehlt sich darum, die Bearbeitung unter mehrere Gruppen zeitlich gestaffelt aufzuteilen. Dabei bietet sich eine Kombination von Arbeit im Klassenzimmer und vor Ort an.

Die Gruppenarbeit kann schrittweise außerschulisch, unterrichtsbegleitend zum überregional ausgerichteten Thema der Industrialisierung als Literaturrecherche beginnen. Nach zunehmender Entfaltung der Gruppenergebnisse wird sie schließlich am historischen Lernort beendet werden. Folgende Schritte des Vorgehens sind denkbar:

Als Hinführung steht am Anfang der Arbeitsauftrag für eine Gruppe, die sich einer Literaturrecherche über die Anfänge der Industrialisierung in Göppingen bis hin zur Hochindustrialisierung widmet. Dabei stoßen die Schülerinnen und Schüler automatisch auf die bedeutende Rolle der jüdischen Unternehmer, ohne diese schon zu vertiefen. Sie tragen ihre Ergebnisse in der Klasse vor.

In einem nächsten Schritt wird eine weitere Gruppe beauftragt, nun speziell die Leistung und Bedeutung der Jebenhäuser bzw. Göppinger jüdischen Unternehmer zu erarbeiten und vorzutragen. Für die dafür notwendigen Recherchen sucht die Arbeitsgruppe selbstständig das Jebenhäuser Museum auf (Schwerpunkt das vom Monitor abrufbare Material). (40)

Nach der Präsentation der Ergebnisse gestaltet eine dritte Gruppe nach einer Recherche im Stadtarchiv (Häuserbuch) eine Spurensuche in Göppingen zu Überresten jüdischer Unternehmen, zu ehemaligen Untermervillen und zum Synagogenplatz mit seinem Umfeld.

Dieses gestaffelte, zur überregionalen Geschichte unterrichtsbegleitende Verfahren hat den Vorteil, dass während der Unterrichtsarbeit neben dem allgemein historischen Aspekt der Industrialisierung die örtlichen Gegebenheiten

- ständig begleitend präsent gehalten,
- zunehmend vertieft und
- vor allem ihr exemplarischer Charakter für die überregionale Geschichte bewusst gemacht werden.

Dass dieses Vorgehen auch einen beachtlichen Zeitgewinn gegenüber einer getrennten Darstellung der überregionalen und der regionalen Vorgänge bringt, sei nur am Rande bemerkt.



*Villa Wiesneck – exemplarischer Fall für den sozialen Aufstieg jüdischer Bürger in Jebenhausen. Die Villa hatte sich der aus Jebenhausen stammende Tenor Heinrich Sontheim Ende des 19. Jahrhunderts erbauen lassen.
© Maria Würfel, Schwäbisch Gmünd, 2009*

V. Rabbiner Dr. Aron Tänzer

Ziel der Beschäftigung mit Dr. Aron Tänzer ist die Erstellung einer Biografie, die nicht nur Fakten auflistet, sondern ausdrücklich Schwerpunkte in Tänzers Persönlichkeitsdarstellung (41) setzt, die das Exemplarische seines Wirkens zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, als Rabbiner und als Bürger aufzeigen:

- deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
- im Nationalsozialismus Diskriminierter
- ehrenamtlich tätiger Göppinger Bürger
- Wissenschaftler.

Jeder dieser Schwerpunkte entspricht dem Thema für eine Arbeitsgruppe. Sie beginnen mit Recherchen in der Literatur (dort finden sich auch

Wiedergaben von Selbstzeugnissen); es folgen Recherchen im Museum (vor allem die Inszenierung auf der Empore) und schließlich eine Spurensuche in Göppingen. Methodisch liegt damit eine gegenseitige Ergänzung der Lernorte vor.

Die Arbeitsgruppen, die die Aufträge übernehmen, müssen während ihrer Recherchen und auch bei der Erstellung der Präsentationen Kontakt halten, da sich die Schwerpunkte der Themen vor allem zeitlich überschneiden und doch die abschließenden Präsentationen weitgehend ohne Wiederholungen auskommen sollten.

VI. Unter dem Nationalsozialismus

Die Erschließung dieses Themas weist Parallelen mit dem der Industrialisierung auf: Beide sind besonders wichtige Beispiele für die Bedeutung der regionalen Exempla und Varianten zur Erschließung der überregionalen Geschichte. Und in beiden Fällen liegt der Schauplatz der Ereignisse in Göppingen und nicht mehr in Jebenhausen, wo es zu dieser Zeit schon längst keine jüdische Gemeinde mehr gab.

Es ist zu empfehlen, die Übersicht über die NS-Maßnahmen durch das Erstellen einer kommentierten Zeittafel (42) erarbeiten zu lassen. Dabei erkennen die Schülerinnen und Schüler, dass sich die regionalen Vorgänge wie hier in Göppingen im Grundsätzlichen an den aus dem gesamten Deutschen Reich bekannten orientierten. In einem weiteren und zugleich vertiefenden Schritt werden die in der Zeittafel erfassten Ereignisse daraufhin überprüft, inwieweit sie sich im Einzelnen eventuell doch merklich unterschieden haben. Dadurch werden die für die allgemeine Geschichte exemplarischen regionalen Beispiele ebenso wie die lokalen Varianten deutlicher erkennbar. Arbeitsgrundlage sind die zahlreichen Dokumentationstafeln im Museum, deren Inhalte von den Schülerinnen und Schülern durch Recherchen in der Sekundärliteratur (z.T. aufliegend im Museum) erweitert und vertieft werden.

VII. Zeitzeugenbericht

Die Textanalyse des Briefes sollte tunlichst vor Ort durchgeführt werden, denn durch das Vorhandensein des Gebetbuchs als Bezugsobjekt im Museum ist eine stärkere Emotionalisierung bei der Arbeit zu erwarten, die für Besonderheiten des Textes hellhöriger macht.

Ziel ist es, über das Faktische hinaus in dem etwas unbeholfenen Text das Fehlen jeder Stilisierung – sowohl der eigenen Person der Zeitzeugin als auch der Vorgänge – zu erkennen. (43) Dies ist als Positivum hervor-

zuheben, denn die geschilderten Ereignisse hätten – z.B. bei einer höheren Sprachkompetenz – zu einer entsprechend überhöhten Darstellung und damit Minderung des Quellenwertes verleiten können. Doch – ganz im Gegenteil – wird z.B. das damals äußerst gefährliche Aufbewahren eines jüdischen Gebetbuchs im Luftschutzgepäck von der Zeitzeugin schlicht, fast wie eine Selbstverständlichkeit erwähnt, obwohl sie sich des Risikos damals bewusst gewesen sein muss, denn sie spricht vom Verstecken des Gebetbuchs im Gepäck. Von derartigen Beobachtungen ausgehend sollte an dieser Stelle Grundsätzliches zum Umgang mit der oral history angesprochen werden.

Der Brief kann entweder als Einzelstück z.B. in einem fragend entwickelnden Arbeitsgespräch interpretiert werden oder vergleichend, kombiniert mit anderen Zeitzeugenberichten. Entschließt man sich für letzteres, sind zu den einzelnen eingesetzten Texten Gruppenarbeit mit Vortrag der Ergebnisse und eine abschließenden Diskussionsrunde zu empfehlen.

VIII. Zur Projektarbeit

Die Geschichte der Jebenhäuser und Göppinger jüdischen Gemeinden eignet sich sehr gut für

a) projektorientiertes Arbeiten – gedacht ist an die Erarbeitung von GFS und Präsentationsprüfungen, die im Umfang etwa je einem der obigen Vorschläge (Nr. I –VII) entsprechen.

b) voll ausgebildete Projektarbeit im Seminarkurs. Der Kurs kann entweder ausschließlich die Jebenhäuser und Göppinger jüdischen Gemeinden zum Thema haben. Dann wird jeder der obigen Themenvorschläge etwa dem Aufgabenbereich einer Arbeitsgruppe des Kurses entsprechen, wobei zu berücksichtigen ist, dass die fachspezifischen Anforderungen in diesem Fall wesentlich höher und darum mehr Recherchen notwendig sind. Ist der Kurs überregional zu Fragestellungen der jüdischen Geschichte angelegt, dann liefern Jebenhäuser und Göppingen den exemplarischen, regionalgeschichtlichen Part für die Kursthematik und werden je nach Fragestellung mit ein oder zwei Gruppen vertreten sein.

Anmerkungen

39) Siehe Abschnitt 3

40) Siehe Abschnitt 6

41) Siehe Abschnitt 7

42) Siehe Abschnitt 8

43) Siehe Abschnitt 9

Anhang II

Quellen

T 1 Auszug aus dem Schutzbrief vom 7.7.1777:

1. So lange in dem Römischen Reich Juden geduldet werden, sollen solche auch in Jebenhausen verbleiben (...)

3. Die jetzige Annahme, bis einmal die Anzahl von zwanzig voll ist, ist ganz frei, hingegen wenn hernach einer angenommen wird und Schutz bekommt, bezahlt er, so er ein Sohn von einem hiesigen Schutzjuden ist, der Herrschaft fünfzehn, so er aber fremd ist, fünfundzwanzig Gulden für die Aufnahme in den Schutz (...)

4. Die Juden werden sich eigene Häuser bauen, dazu ihnen der Platz von der Gemeinde um einen billig geringen Preis angewiesen werden (...)

5. Vor Schutzgeld bezahlt jede jüdische Haushaltung oder Familie jährlich der Herrschaft zwölf Gulden, eine Witfrau aber, so lange sie nicht wieder geheurathet, so ihr jederzeit freysteht, nur die Helfte (...)

6. Keine liegenden Güter sollen die Juden nicht besitzen, auch keine Häuser, so vorhero Christen gehört, kauffen, noch auf privilegierte Hofstetten, sondern alleine auf Gemeindeplätze bauen (...)

7. Die Juden sollen alle ihre Statuta, Ceremonien und Gebräuche nach ihrem Gesetz und Religion ungehindert exerciren können und dürfen alle ihre Feste begehen, darzu ihnen zu dem Laubhütten und Pfingstfest aus denen herrschaftlichen Waldungen das Laub unentgeltlich und von dem Jäger gegen ein Taglohn an unschädlichen Orten angewiesen werden, sie auch sogenannte Sabbathsmägde von denen Christen gegen Bezahlung dinge, Dräte ziehen und die Feste öffentlich auf deren Straßen ohne Hinderung und Versperrung derselben begehen.

8. Die Juden haben die Freiheit, alle im Reich erlaubte Commercia, Salz allein ausgenommen, zu treiben (...)

12. Die Herrschaft wird denen Juden einen Begräbnisplatz von einem Morgen anschaffen, selbigen inmachen und umzäunen lassen, für dessen Erhaltung aber haben die Juden so dann zu sorgen.

14. Die Juden haben die Freiheit, sich ihre Rabbiner, Vorsinger oder Schulmeister, auch den Vorsteher oder Barnas selbst zu erwählen. (...)

Zitiert nach Hüttenmeister, Gil, Rueß, Karl-Heinz: Jüdisches Museum Göppingen. (Begleitband und Katalog), in: Veröffentlichungen des Stadtarchivs Göppingen, Band 29, Weissenborn 1992, S.21. © Anton H. Konrad Verlag, Weissenborn, sowie nach Rueß, Karl-Heinz: Spuren schreiben Vergangenheit, in: Schriftenreihe des Jüdischen Museums Göppingen, 2001, S.4. © Autor und Stadt Göppingen

Texte zur Emanzipation:

T 2 a) Aus dem Königlich-Württembergischen Staats- und Regierungs-Blatt vom 7. Oktober 1809:

Da Se. Königl. Maj. zu verordnen gdst. geruht haben, daß in Zukunft jeder Schuzjude. der sich qualificirt, ein bürgerliches Gewerbe zu treiben, unter Beobachtung der gesezlichen Vorschriften und Entrichtung der gewöhnlichen Abgaben, wie ein anderer Bürger, und Unterthan in die geeignete Zunft aufgenommen werden soll, so wird solches den sämt-Kreis-und Oberämtern hiemit zur Nachachtung und weiteren Bekanntmachung eröffnet. (...)

Zitiert nach Hüttenmeister, Rueß (wie T 1), S.26. © Anton H. Konrad Verlag, Weißenborn

T 2 b) Ebenda, vom 27. Juni 1828:

Für die Vollziehung der ersten Abtheilung des Gesetzes über die öffentlichen Verhältnisse der israelitischen Glaubens-Genossen im Königreiche vom 25. April d.J. werden in Gemäßheit Königlicher Entschließung vom 13. d.M. folgende nähere Vorschriften ertheilt:

Nach Berichtigung der drei ersten Rubriken des Verzeichnisses sind die Beteiligten vorzufordern und zu befragen: welche Familien-Namen sie annehmen wollen? Sie sind dabei anzuhalten, nur solche Namen zu wählen, welche bekanntermaßen schon bisher von Israeliten als Vor- oder Zunamen gebraucht worden sind.

Mehrere von Einem noch lebenden Vater, väterlichen Großvater oder Urgroßvater abstammende Israeliten dürfen nicht verschiedene Familien-Namen wählen; sie haben sich vielmehr über einen gemeinschaftlichen Namen zu vereinigen.

Zitiert nach ebenda, S.26. © Anton H. Konrad Verlag, Weißenborn

T 2 c) Aus dem Regierungs-Blatt für das Königreich Württemberg, Nr.16, vom 23. August 1864

Karl I. von Gottes Gnaden König von Württemberg

Nach Anhörung U n s e r e s Geheimen-Rats und unter Zustimmung U n s e r e r getreuen Stände verordnen W i r wie folgt:

Die im Königreich einheimischen Israeliten sind in allen bürgerlichen Verhältnissen den gleichen Gesetzen unterworfen, welche für die übrigen Staatsangehörigen maßgebend sind; sie genießen die gleichen Rechte und haben die gleichen Pflichten und Leistungen zu erfüllen.

Zitiert nach ebenda, S.27. © Anton H. Konrad Verlag, Weißenborn

T 3 Aus der Geschichte der Jebenhäuser Familien Lindauer und Weil: Der 1839 geborene Moses Jakob Lindauer schrieb:

„An den Lohntägen zogen die Weber von Göppingen her in langer Reihe hinunter ins Dorf zu den Kontoren der Fabrikanten, die Webware um den geschulterten Kettbaum geschlagen, und ihre schweigende Prozession übte auf uns stets eine bedrückende Wirkung, wenn wir auch von Elend und Not der Lohnweberei keinerlei Vorstellung besaßen. Auch im Dorf gab es Armut, zumal bei den kleinen Häuslern, aber auch bei einzelnen israelitischen Familien, doch gab es nicht diese Düsternis und Hoffnungslosigkeit, wie sie der Zug der Weber atmete.

Zitiert nach Rohrbacher, Stefan: Die jüdische Landgemeinde im Umbruch der Zeit., in: Schriftenreihe des Jüdischen Museums Göppingen, 2000, S.26 und 27. © Verfasser und Stadt Göppingen

T4 Mitteilung von Mila Baumann, Göppingen-Bartenbach, an das Stadtarchiv und Städtische Museum vom 24.9.1960 zur Deponierung eines jüdischen Kindergebetbuchs:

Inge Banemann war etwa 10 Jahre alt, als sie zusammen mit ihrem 2 - 3 Jahre älteren Bruder, ihren Eltern und noch weiteren Judenfamilien aus Göppingen deportiert worden ist. (...)

In der Novembernacht 1938 wurde Herr Banemann sehr misshandelt, es war ja von der Synagoge kaum 30 Schritt bis zu seiner Wohnung. Am Morgen nach dieser Nacht sah ich Frau Banemann auf der Strasse, sie war vollständig entsetzt und sah wie eine Irre aus.

Damals wurde den Juden fast alles genommen. Bücher und Sachen, die die Nazis nicht brauchen konnten, wurden in hiesige Firmen gegeben, wo das Sach vernichtet und verbrannt werden sollte.

Mein Bruder Hugo war Werkmeister bei der Firma Schuler und hat dort im Kesselhaus unter dem zum Verbrennen daliegenden Haufen ein kleines Büchlein heimlich und streng verbotenerweise weggenommen und es mir gezeigt. Als ich sagte, ich kenne die kleine Banemann seit sie von ihrer Mutter im Kinderwagen ausgeführt worden sei, gab er mir dieses Büchlein.

Ich habe es bei meinem Luftschutzgepäck all die Jahre versteckt, hoffend, Inge käme einmal wieder und ich könne ihr das Kinder-Gebetbuch wiedergeben. Sie kam nicht, niemand von Banemanns. Ich habe da und dort nachgefragt, aber immer nur erfahren können, dass die Kinder und Eltern umgebracht worden seien. (...)

Zitiert nach: Hüttenmeister, Ruesß (wie T 1), S.110. © Anton H. Konrad Verlag, Weissenborn

Mignon Geisinger

Erinnerungskultur: Gedenken an die Ereignisse der Pogromnacht 1938 im Spiegel der Göppinger Presse

Eine lebendige jüdische Gemeinde, wie sie in und um Göppingen bestanden hatte, erwuchs nicht wieder nach den Gräueltaten der nationalsozialistischen Herrschaft. Nicht nur die Menschen waren nicht mehr zugegen, auch visuelle Referenzen waren aus dem Stadtbild getilgt worden. Doch: aus den Augen – aus dem Sinn? Wie stand es um das Wissen der Göppinger Bevölkerung um ihre jüdischen Mitmenschen? Wurde (an) das ehemalige Miteinander erinnert? Wie aktiv wurde das Gedenken betrieben und von wem? Welche Veränderungen hat die Erinnerung an jüdische Göppinger erfahren?

Dies sind die Leitfragen des vorliegenden Textes. Dabei wird chronologisch vorgegangen, um die Veränderungen deutlicher zu machen. Die Ereignisse, an denen dieses Gedenken festgemacht werden soll, sind die Pogrome der Nacht vom 9. auf 10. November 1938. Untersuchungsgrundlage waren hauptsächlich die Zeitungsjahrgänge der „runden“ Gedenktage der Neuen Württemberger Zeitung (NWZ), die in Göppingen erscheint; außerdem die genannten Quellen und ein aufschlussreiches Gespräch mit Dr. Rueß vom Stadtarchiv Göppingen.

Mit der Herausgabe der NWZ wurde erst im Laufe des Jahres 1946 begonnen, so dass es **1945** keine Ausgabe gegeben hatte, die an die Ereignisse sieben Jahre zuvor hätte erinnern können. Doch schon **1946** bringt am 8. 11. der relativ umfangreiche Artikel *Ein Verbrechen geschah* die Pogrome zur Sprache. Abgeschlossen wird der Artikel mit einem Aufruf, mögliches Wissen über die Brandstiftung der Polizei oder der Redaktion mitzuteilen. Der Artikel sollte hauptsächlich dabei helfen, ein vergangenes Verbrechen zu ahnden, um Gerechtigkeit wieder herzustellen. Dies ist einigermaßen typisch für die damalige Phase. Es wurde viel berichtet von den Bemühungen der Justiz, Licht ins Dunkel der Nazizeit zu bringen. So begannen Verfahren zu den Synagogenbränden, zu den Deportationen, zur Entnazifizierung, zur Wiedergutmachung, sowie die Nürnberger Prozesse und die Auschwitz Prozesse. Trotz mancher Bedenken hinsichtlich der Objektivität des Artikels muss anerkannt werden, dass an die Pogrome erinnert wurde. In den folgenden beiden Jahren, wobei es sich ja **1948** um die zehnte Jährgang handelt, wurde überhaupt nicht berichtet. Zwanzig Jahre nach den Pogromen, **1958**, sah die Berichterstattung noch nicht grundlegend anders aus. Schon am 6. 11. Wurde im

Artikel *Wegen antisemitischer Äußerungen verurteilt* die Signalwirkung des Urteils betont. Dies zeigt überregional die Hellhörigkeit, die diesem Thema gewidmet wurde. Am 8. 11. erschien ...*und vor 20 Jahren: Die „Kris-tallnacht“*. Der Artikel ist auf die Ereignisse deutschlandweit bezogen und kein lokaler Bezug zu Göppingen gegeben. Die Wortwahl macht zwar die Verurteilung der Ereignisse deutlich, jedoch ist auch hier noch die Distanz zwischen den Tätern und der Bevölkerung wahrzunehmen. Betont wird auch die Wirkung, die diese auf die Welt hatten, bzw. welches Licht sie auf das damalige Deutschland warfen.

Zum 25. Jahrestag 1963 wurde am 2. 11. über *8500 Judenschicksale aufgeklärt* berichtet. Es bestünden „bestimmte Ressentiments“. Am 8. 11. wird aus Frankfurt berichtet: *Auschwitz-Prozess doch im Römer*, wobei es sich um „das größte Kriegsverbrecherverfahren vor einem deutschen Gericht“ handle. Am 9. 11. findet sich der lange Artikel *Befohlener Volkss-zorn nachts um zwei*. Es wird detaillierter und Personenbezogener von den Ereignissen berichtet. Der Hauptteil des Textes besteht aus Ausschnitten verschiedener Quellen. Erstmals wird nun eine Beteiligung der Bevölkerung angesprochen. Doch es überwiegt die Darstellung, wie offiziell „die Empörung der Weltöffentlichkeit“ „sich sehr in Grenzen“ hielt. Der eigenen Schuld, und sei es auch nur durch „Schweigen“, wird also immer noch die Passivität der Anderen gegenübergestellt, auch wenn sich dies nun auf internationaler Ebene abspielt. Am selben Tag erschien der Artikel *Vor 25 Jahren brannte die Göppinger Synagoge*. Schon in der Überschrift wird nicht nur der genaue lokale Bezug hergestellt, sondern auch der zur Person des Rabbiners Herz. Die Bewertung der Vorgänge wird deutlicher als in bisherigen Jahren. Auch gewissermaßen eine Selbstreflexion findet statt, wenn konstatiert wird, dass es „unglaublich erscheint“, „dass über den Brand der Synagoge in Göppingen in den Göppinger Zeitungen keine Zeile erscheinen durfte. Das Ereignis wurde totgeschwiegen.“ Im Text selbst wird die Geschichte der Synagoge angesprochen, bevor das von Rabbiner Herz 1880 verfasste Dokument zur „Geschichte der Göppinger Judengemeinde“ zitiert wird.

Mit der Lektüre dieses Artikels wurden die Leser der NWZ an die Geschichte der jüdischen Mitbürger in ihrer Gemeinde erinnert bzw. in sie eingeweiht und dies in den Worten des ehemaligen Rabbiners. Dies ergänzt den vorgenannten Artikel derselben Ausgabe, die über die allgemeinen Vorfälle informierte. Im Anschluss daran erschien am Montag, 11. 11. der Artikel *Ein Rabbiner fragt: Ist die Giftsaat ganz vernichtet?* in dem über das bundesweite Gedenken berichtet wird; ebenso wie der Artikel

Ein Verbrechen geschah - Wer sind die Täter?

Zur Erinnerung an die Zerstörung der Göppinger Synagoge in der Nacht zum 9. November 1938

In der Nacht zum 9. November 1938 steckten nationalsozialistische Brandstifter, wie in vielen anderen Städten Deutschlands, auch in Göppingen die Synagoge in Brand. Anschließend demolierten sie in der Stadt die Läden.



Am Morgen des 9. November 1938. Aus der Synagoge steigt Rauch. Das Gebäude ist ausgebrannt. Im Kessel in die Tiefe gestürzt. Geschäfte von jüdischen Mitbürgern. Während der Nacht wurden in Göppingen zahlreiche Juden verhaftet und auf dem Weg zum Gefängnis mißhandelt. Die Ereignisse vor den brennenden Synagogen beleuchteten Nacht und die Ausschreitungen im Laufe des 9. November wurden schon damals von allen Einsichtigen als der deutsche „Reichstürmertag“, als der Anfang vom Ende bezeichnet.

Das in Göppingen begangene Verbrechen ist heute noch ungeklärt. Die Täter, Teilnehmer und Auftraggeber an der Brandstiftung sind im Augenblick noch nicht ermittelt, die Schuldigen noch nicht abgeurteilt. Es ist eine Aufgabe der Staatsverwaltung, der Polizei und der Spruchkammer, diejenigen der genannten Strafe zuzuführen, die jene Brandstiftung mitten im Frieden begingen und damit das Verhängnis zu dem Weltbrand gaben, der nach unsäglichen Opfern zu dem heutigen Elend des deutschen Volkes geführt hat.

Kreisleiter Baptist hielt damals eine große Rede, in der er nach einem Bericht im „Hohenstaufen“ unter Hinweis auf die Zerstörung der Synagoge sagte: „In Göppingen sind 34 Juden ganz freundlich abgeholt worden. Sieben sind gleich wieder entlassen worden, ohne daß ihnen etwas geschehen ist. Die übrigen 27 bekamen einen bestimmten Aufenthaltsort zugewiesen. Anderen hat man durch die Entlassung die Möglichkeit gegeben, ihre Geschäfte möglichst schnell abzustößen. Hundertprozentig sollen und werden unsere Forderungen auch in Göppingen in Erfüllung gehen. Sie lauten: Alle Juden heraus. Wir haben immer noch



Wo ehemals in der Oberen Freiheitsstraße in Göppingen die Synagoge stand, befindet sich heute ein Schrebergarten.

200 von ihnen in unserer Stadt. Nie wieder eine Synagoge in Göppingen“.

Die Nazis haben leider ihr Programm erfüllt und die „Judenfrage radikal lösen“ können. Dafür haben sie dann uns die Not gebracht und ein Elend, das uns noch Jahrzehnte hindurch begleiten wird. An uns wird jetzt mit beträchtlichen Zinsen zurückbezahlt was damals mit frivoler Hand verbrecherische Faustklug begingen.

Von der Sozialdemokratischen Partei in Göppingen geht uns die Entschließung einer

Mitgliederversammlung zu, in der mit Bestimmtheit festgelegt wird, daß gegen die Brandstifter der Synagoge bisher noch keine Schritte unternommen worden sind. „Und dies“, so heißt es in der Entschließung, „in einer Zeit, in der täglich harmlose Mittläufer vor der Spruchkammer zur Verantwortung gezogen werden. Es wäre jetzt an der Zeit, auch die wirklichen Quellgeister der Bevölkerung und die Hauptschuldigen an der Brandstiftung festzustellen und zu bestrafen. Dazu gehören auch diejenigen Aktivisten, die sich in Göppingen während der Nachherrschaft an öffentlichen Reibehakten gegen angesehene Bürger der Stadt führend beteiligt oder als Anstifter zu diesen Gewalttaten hervorgetreten sind. Die Sozialdemokratische Partei erwartet, daß in allen diesen Fällen von den zuständigen Stellen Maßnahmen veranlaßt werden und das bisher Versäumte unverzüglich nachgeholt wird.“

Wer etwas über die Brandstiftung der Synagoge weiß, wird aufgefordert, dies der Spruchkammer in Göppingen oder der Redaktion der NWZ schriftlich oder mündlich zur Kenntnis bringen. Wie es heißt, war eine Geislinger SA-Brandstifter-Abteilung bei der Begehung des Verbrechens beteiligt.



Am Morgen des „Reichstürmertages“ in der Unteren Marktstraße. Der Inhaber des Kaufhauses L e n d t läßt die eingeworfenen Fenster seines Kaufhauses mit Brettern verschalen.

Neue Württembergische Zeitung (NWZ) vom 8.11.1946

Konzilsdokument über die Juden der „Bestrebungen in der Katholischen Kirche“ darlegt, die Juden „von der alleinigen Schuld an der Kreuzigung Christi zu befreien“. Während also 1963 recht umfangreich und verschiedene Aspekte abdeckend berichtet wurde, findet sich **1968**, zum 30jährigen Jubiläum, am 7. 11. nur ein Artikel, nämlich zu einem *Judenmordprozess in Bochum*, während über eine ganze Seite von den Ereignissen von 1918 berichtet wird.

Auch wenn dies in der NWZ noch nicht so wirkt, erste Anfänge einer Aufarbeitung fingen in den 1960ern an, als zum Beispiel Georg Weber, ein angehender Lehrer, sich in seiner Staatsexamensarbeit dem Thema widmete und die Berichte vieler Opfer zusammentrug.

Am 31. Januar 1971, also anlässlich des 100. Geburtstages des ehemaligen Göppinger Rabbiners Aron Tänzer, wird eine Tafel zum Gedenken an die Zerstörung der Göppinger Synagoge eingeweiht. Der Text der Gedenkrede wirkt eher bemüht als rund und emotional. Irritierend ist vor allem die Formulierung „wollen wir dieses dunkle Kapitel unserer Stadtgeschichte löschen“.

Im Jahr 1978 wurde am 2. 11. ein ökumenischer Gedenkgottesdienst angekündigt. Am 7. 11. wurde berichtet, dass es in Heidelberg *Nach 46 Jahren wieder Ausbildung für jüdische Religionslehrer* gebe. Am selben Tag findet sich der Artikel *Gedenken an Synagogenbrand*, der die erste Gedenkveranstaltung in Göppingen ankündigt, die veranstaltet wird von einem breiten gesellschaftlichen Zusammenschluss aus „Parteien, Gewerkschaften, Kirchen sowie Gremien von Industrie, Handel, Handwerk und dem Stadtjugendring“. Die Veranstaltung sollte aus „einer kurzen Ansprache“, einer Kranzniederlegung, einem Schweigemarsch und einem ökumenischen Gottesdienst bestehen und wurde von einem Posaunenchor untermalt. Einen Tag später erscheint ein halbseitiger Artikel mit dem Titel *Die Kristallnacht – Anfang vom Ende*. Die Vorgänge werden dargestellt, bewertet und in den historischen Zusammenhang eingeordnet. Die Rolle von Medien, Polizei und Feuerwehr und der Bevölkerung werden beleuchtet, ebenso die internationale Perspektive bedacht und der Zusammenhang mit dem Münchner Abkommen hergestellt. Erstmals wird deutliche Kritik am Verhalten der Bevölkerung geübt.

Der Artikel *Und die Dorfschulkinder sangen: Halleluja, die Synagoge brennt!* vom 9. 11. gibt einen Überblick über die weiteren Vorgänge dieser Nacht in Württemberg – detailreich, mit Zitaten von Meldungen verschiedener Stellen, Zahlen und persönlichen Berichten. Eine gesamte Seite beleuchtet die Vorgänge in Göppingen selbst mit Bildern von der Zerstörung an der Synagoge und eines lokalen Kaufhauses und besonders der Nennung der Namen und Lebensdaten der 86 *Opfer der Judenverfolgung aus Göppingen*. Es wird nochmals auf die Gedenkveranstaltung am selben Abend erinnert. Im Artikel *Ein schwarzer Tag in der Göppinger Stadtgeschichte* wird von den Beobachtungen Dr. Gebhard Müllers berichtet, späterer Landesminister und Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, der damals Richter am Göppinger Amtsgericht war. Zu weiteren Details der Nacht bezieht sich der Artikel auf „die Arbeit von Georg Weber *Zeugnisse der Judenverfolgung im Kreis Göppingen 1933-1945 und ihre unterrichtliche Verwertung*. Auch die Auswirkungen des wirtschaftlichen Boykotts und der Nürnberger Gesetze werden dargestellt, deren Folge die „Auswanderungswelle“ und die „Vernichtung der Juden“. Dabei werden wiederholt besondere Einzelschicksale herausgestellt.

Am folgenden Tag findet sich nicht nur der Artikel *Bundeskanzler bittet die Juden um Versöhnung* über die nationale Gedenkfeier mit Bundeskanzler Schmidt, sondern auch der Kommentar *Notwendiges Gedenken*, der die aufklärerische Rolle der Gedenkveranstaltungen und der darüber berich-

tenden Medien würdigt, aber in diesem Zuge auch kritisiert, dass die Aufklärung von dieser Seite überhaupt nötig sei, und statt dessen eine Behandlung des Themas im Unterricht fordert.

Weiter wird berichtet: *Sulzburger Synagoge wird renoviert*. Und in einem halbseitigen Artikel wird über die Gedenkveranstaltung informiert, vom ökumenischen Gottesdienst sowie besonders von der Ansprache Dr. Rapps, dem zu diesem Zeitpunkt motivierten neuen Leiter der VHS, dem die älteren Honoratioren bei diesem Ehrenamt offenbar nur zu gern den Vortritt ließen.

Im Jahr **1983** wird am 7. 11. eine Veranstaltung der VHS angekündigt, die unter dem Titel *Kristallnacht* einen Film zum „Alltag des Dritten Reiches“ zeigt. Am 9. 11. wird in drei Zeilen nochmals an diese Veranstaltung erinnert.

1988, zum 50. Jahrestag, findet sich viel mehr in der NWZ. Schon im Vorfeld erscheinen am 2. und 4. 11. Artikel zu Literatur und Museen, die im Zusammenhang mit dem Gedenktag stehen. Auch wird die Veranstaltung des Friedensforums Geislingen und des Kreisverbandes der Grünen „Nie wieder...“ angekündigt, die erstmals nicht allein rein informativen und erinnernden Charakter hat, sondern auch Diskussionsabend zum Thema: „Wie ist der Gefahr des Rechtsradikalismus zu begegnen?“ sein soll. Am 5. 11. denkt „der Filstälner“ über die zeitgenössischen Entwicklungen nach und beklagt die Fremdenfeindlichkeit, die in der Redaktion besonders anhand von Leserbriefen zu Tage komme. Es wird eine Veranstaltung von VHS und Geschichts- und Altertumsverein angekündigt, auf der Dr. Rueß umfassend zum Thema informiert. Auch in Ebersbach erinnert eine Ausstellung an die Bücherverbrennung 55 Jahre zuvor, wie im Artikel *Verboten und Verbrannt* dargestellt.

Den Pogromen ist eine gesamte Seite gewidmet. Der Artikel *Von Hitler befohlen – von Goebbels inszeniert* beschreibt die Vorkommnisse und ihre Vorgeschichte detailreich in deutlichen Worten, die auch die Rolle des Staates hervorheben. Aber auch die Rolle der Bevölkerung wird deutlicher angesprochen als bisher: „von der Masse des Volkes aber doch passiv hingenommen wurden.“ Dass es inzwischen eine flächendeckende wissenschaftliche Literatur zur Aufarbeitung des Themas gibt, lässt sich nicht nur an den Literaturbesprechungen der vorhergehenden Tage ablesen sondern auch an den verschiedenen Zitaten des Autors wie z. B. von Golo Mann. Der zweite Artikel der Seite *Geschändet, geschlagen und verschleppt* nimmt Bezug auf die Vorkommnisse im Südwesten.

Am 7. 11. erscheint *Den Schülern nahe bringen*. Auch in diesem Jahr wird wieder eine Gedenkfeier angekündigt, mit Ansprachen von Inge Auerbacher und dem Oberbürgermeister, gefolgt von einem ökumenischen Gottesdienst. Seit dem Jahr 1988 fanden und finden mit einzelnen Ausnahmen jährliche Gedenkveranstaltungen statt.

Am 8. 11. erinnert der Artikel *Justiz williger Handlanger Hitlers* an die Rolle der Justiz im System der Nazis. Es werden sowohl *Bücher zur jüdischen Geschichte* besprochen, die in der Stadtbibliothek ausgestellt sind, als auch *Jiddische Lieder und Geschichten* angekündigt, eine Veranstaltung mit dem Liedermacher Thomas Friz.

Am 9. 11. selbst wird von einem Empfang in Ostberlin berichtet: *Honecker sichert Juden Unterstützung der DDR zu*. Der Kommentar *Tag der Demut* stellt sich in deutlichen Worten der Schuldfrage und der Rolle der nachgeborenen Generation.

Außerdem ist eine ganze Seite dem Thema gewidmet. *Schicksal im Dunkel* widmet sich dem Schicksal Grünspans, in *Bittere Ironie gegen NS Lügen* wird die jeweilige Entstehung der Begriffe Reichskristallnacht und Reichspogromnacht nachvollzogen und ihre Bedeutung erklärt; *Reisen in die Vergangenheit* berichtet von jüdischen Gästen, die vom Berliner Senat eingeladen werden, und in *Es war etwas ganz Furchtbares* sind Auszüge eines Interviews von 1979 mit einem Reutlinger Ehepaar über die Vorkommnisse der Nacht abgedruckt.

Weiterhin wird berichtet: *Viele Synagogen überstanden als Ställe und Lager die Abrissnut der 60er Jahre*. Darin kommt der Plochinger Pfarrer Joachim Hahn zu Wort, der einen veränderten, offeneren Umgang mit dem Thema erkennt, den er auf den zeitlichen Abstand und das damit nachlassende Gefühl der Schuld zurückführt ebenso wie auf den zunehmenden Einfluss einer jüngeren Generation. Der stellvertretende Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Heinz Lauber mahnt die Rolle dieser Kulturdenkmäler an als „Mahnmale des Gewissens“. Dies scheint die erste Reflexion über Erinnerung und ihre Rolle zu sein.

Weiterhin findet sich eine Aufzählung der Synagogen im Land und ihrer Schicksale während der Artikel *Konfession verschwiegen aus Angst vor Feindseligkeiten* auf die zeitgenössische Lage der Juden im Land eingeht und insbesondere auch auf ihre Schwierigkeiten hinweist.

Neben einem Bild der brennenden Synagoge wird in *Als die Synagoge brannte* eine Zusammenfassung der Ereignisse geliefert und auf zwei Sonderseiten zum Thema verwiesen. Außerdem wird von der Göppinger Kreisvorstandssitzung der Grünen berichtet, die sich unter der Fragestel-

lung *Deutsche besonders anfällig?* dem Thema und seiner zeitgenössischen Ausprägungen widmet. Es werden zwei neue Bücher zu *KZ Schilderungen* rezensiert, passend zum Gedenktag. Außerdem bespricht *Wer sind die Täter?* die Rede, die Dr. Rueß auf der Gedenkveranstaltung, die zwei Tage zuvor stattfand, gehalten hatte.

Synagogenbrand und Verschickung ins KZ Dachau leitet die Doppelseite ein, indem an die Ereignisse erinnert wird. Erstmals werden die konkreten Abläufe auf der lokalen Führungsebene genauer benannt, wie der Kreisleiter die versteckte Anweisung bekam und an Polizei und Landrat weitergab. *Blick auf lokale Geschehnisse* weist kurz auf die hauptsächlich den Artikel zugrunde liegende Literatur hin. *Opfer der Judenverfolgung aus Göppingen* listet wie schon zehn Jahre zuvor Namen und Daten zur Erinnerung auf. *Vom Wirtschafts-Boycott bis zu den Deportationen* zeichnet die wirtschaftliche Situation der jüdischen Bevölkerung nach, während *Eine ganze Flut von Gesetzen zur Ausschaltung der Juden* deren rechtliche Lage in den Blick nimmt. *Ein Leidensweg von Vielen* druckt den Brief des Überlebenden Richard Fleischer vom 4. 10. 1945 an seinen Vetter. Obwohl auch in diesem, wie in den zeitgenössischen Artikeln nur spärlich Gefühle und Wertungen enthalten sind, rührt allein die Aufzählung der Strapazen und Gräueltaten tief und ergänzt damit die faktischen Berichte um eine wichtige Facette. Am 10.11. findet sich einen Bericht über die *Eindringliche Mahnung zur Wachsamkeit* in den Ansprachen zur zentralen Gedenkfeier in Frankfurt. Auch wird in *Landtagspräsident bat das Volk der Juden um Vergeltung* über verschiedene Gedenkfeiern berichtet.

In *Erinnern als Versöhnung* wird die Göppinger Gedenkfeier mit Ansprachen des Bürgermeisters und Inge Auerbachers, einer Göppingerin, die das KZ Theresienstadt überlebte, rekapituliert. Außerdem fasst der Artikel *Erinnerung und Mahnung* die Veranstaltungen der Friedenswoche verschiedener evangelischer Kirchengemeinden im Landkreis zusammen, die anlässlich des Gedenktages veranstaltet werden. Und in *Wissen um die Vergangenheit* wird über die Veranstaltung berichtet, auf der die Neuauflage des Buches zur jüdischen Geschichte Göppingen des ehemaligen-Göppinger Rabbiners Aron Tänzer im Beisein seines Sohnes vorgestellt wurde.

Die hohe Anzahl und Vielfältigkeit der Artikel über alle Ressorts und Sparten hinweg ist sicherlich dem runden Jubiläum geschuldet, zeigt aber ebenso auch die deutliche Veränderung der Sichtweise auf die Ereignisse, die nun offen besprochen und erinnert werden, und anhand derer der Blick auf das tagesaktuelle Geschehen geschärft wird. Dieser Wandel

deutete sich 1978 zwar schon an, ist nun aber nicht mehr von der Hand zu weisen. Dabei wird meist die Anerkennung von verschiedener Art von Schuld und von Kritik an den zeitgenössischen politischen bzw. gesellschaftlichen Verhältnissen begleitet, wie z. B. an der Existenz der NPD bzw. ähnlicher Gruppen oder auch an antisemitischen oder ausländerfeindlichen Übergriffen.

Im Jahr **1998** wird schon am 4. 11. eine Veranstaltung zur *Reichspogromnacht in Göppingen* angekündigt, auf der auch eine Broschüre vorgestellt wurde, an deren Erstellung auch das Hohenstaufen Gymnasium beteiligt war. Am 6. 11. wird in *Das Scheunentor bleibt zu* über die ehemalige Baisinger Synagoge berichtet, die in eine Gedenkstätte umgewandelt wird. Am 7. 11. wird in *Die Vergangenheit als große Last* über die Sondersituation in Creglingen informiert, wo es 1933 „die ersten Todesopfer der Judenvernichtung“ gab. In *Vom Altersheim zur Vernichtung* wird über ein Heilbronner Ehepaar und das jüdische Altersheim Herrlingen berichtet. Außerdem wird die inzwischen etablierte jährliche Göppinger Gedenkveranstaltung *Zur Erinnerung an Pogromnacht* angekündigt. Als Teil einer Folge über *Juden in Göppingen* wird über den letzten Rabbiner von Göppingen, Luitpold Wallach, berichtet (*Gelehrter Gentleman mit blitzenden Augen*), und auch auf einen Vortrag von Dr. Rueß im Jüdischen Museum hingewiesen. Am 9. 11. schildert *Baisingen gewinnt sein Gesicht zurück* die Eröffnung der Gedenkstätte. Auch die Folge *Juden in Göppingen* wird fortgeführt mit *Das müssen sie bitter büßen* über die Vorgänge 60 Jahre zuvor. Am 10. 11. wird Bundespräsident *Herzog als Schlichter* dargestellt in der bundesweiten Diskussion um die richtige Form des Erinnerns zwischen Ritualisierung bzw. Abstumpfung (Schriftsteller Martin Walser) und Nicht-Vergessen (Ignaz Bubis, Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland). Anbei findet sich auch ein Auszug der Rede des Bundespräsidenten. Über *Jüdische Gebete und Friedensrufe* bei der Göppinger Mahnwache wird geschrieben. Ein Leserbrief mahnt an, dass im Stadtbild *Jüdische Namen fehlen* und macht Vorschläge, wie sich dies ändern ließe. Diese werden zwar nicht aufgenommen, doch ab **2005** werden in Göppingen, später auch in Eislingen und Süßen Stolpersteine (stolpersteine-gp.de) verlegt, die an jüdische Mitbürger erinnern. Es wird die Broschüre von Dr. Rueß vorgestellt zur *Göppinger Kristallnacht*.

Überall im Land scheint die Erinnerung geweckt zu werden, Gedenkstätten werden eingeweiht, Vergangenes wieder sichtbar gemacht. Verstärkt werden jüdische ehemalige Einwohner aus dem Exil in ihre alten Heimatstädte eingeladen – und folgen dieser Einladung auch.

Gedenkfeier „50 Jahre Reichskristallnacht“

Erinnern als Versöhnung

„Man hat gesagt, daß die Vergangenheit dazu verdammt ist, sich zu wiederholen, wenn sie verdrängt wird. Niemand dürfen wir deshalb unsere Vergangenheit vergessen.“ Oberbürgermeister gestern Abend bei der Gedenkfeier zum 50. Jahrestag des Pogroms gegen die Juden am 9./10. November, der sogenannten Reichskristallnacht, auf dem Synagogengrund in der Freiheitstraße in Göppingen. Musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung von dem Posaunenchor Bartenbach. Der Platz der ehemaligen Göppinger Synagoge war gefüllt von vielen

Menschen jeden Alters, die gekommen waren, den Opfer der damaligen Verbrechen zu gedenken, sich zu erinnern und sich erinnern zu lassen durch die Ansprachen der beiden Redner an diesem Abend, Oberbürgermeister Hans Haller und Gemeindevorsteherin Inge Auerbacher. Inge Auerbacher ist ein sechsbjähriges Kind von Göppingen, das in das Konzentrationslager Theresienstadt deportiert worden war und damals überlebte. Inge Auerbacher, ihre Mutter Regina Auerbacher, der Sohn des ehemaligen Göppinger Rathmehrs Aron Tinsler, Erwin Tinsler, und seine Frau kamen aus Anlaß des Jahrestages aus den USA in ihre ehemalige Heimat Göppingen zurück. Oberbürgermeister Haller dankte in seiner Ansprache den jüdischen Besuchern, daß sie hierher gekommen seien, auf den Synagogengrund, „wo der Mittelpunkt des jüdischen Lebens in Schutz und Asche gelegt wurde“. „Ihre Anwesenheit bekräftigt mich in meiner Auffassung“, so Hans Haller, „daß die Gedenkveranstaltung mehr als eine Pflichtübung sein muß und auch ist“. Sie und der anschließende ökumenische Gottesdienst in der Synagoge solle ein Schritt sein, die Brücke und Brücken zum jüdischen Volk, die damals zerbrochen seien, wieder zu festigen. In seiner Rede rekapituliert er das einstige und fruchtbar Zusammenleben von Christen und Juden in Göppingen und im Kreis und verurteilt die Verbrechen gegen die jüdischen „Mitschwestern“ während des Nationalsozialismus. Gedenken heiße den Blick in die Vergangenheit zu richten, aber auch Ausschau in die Zukunft zu halten. Für die Zukunft hoffe Hans Haller:



„Das Geheimnis der Versöhnung liegt im Erinnern.“

„In mir verweilt ein einziges Gefühl in meinem Herzen, ein kalter, tiefer Schmerz“, so begann Inge Auerbacher ihre Rede, in der auch sie an die ehemalige jüdische Gemeinde in Göppingen und Lebenhausen erinnerte, deren Mitglieder sie und ihre Familie waren. Viele von ihnen sind den Verbrechen der Nationalsozialisten zum Opfer gefallen. „Der 9. November wird ein

ewiges Gedenken für die Welt bleiben“, betonte sie, „aber ich bin nicht gekommen, um nur von Haß und Schande zu sprechen, mein Herz ist voller Liebe“. Ihre Ansprache war ein Appell an die Menschlichkeit, trotz all ihrer schrecklichen Erfahrungen: Bis 1941 seien sie in Lebenhausen. Nachdem ihre Großmutter Ende 1941 abtransportiert worden war, wurde sie in ein jüdisches Gemeinschaftshaus in der Metzgerstraße in Göppingen

zwangsgesiedelt, im August 1942 zusammen mit anderen jüdischen Mitbürgern in die Tarnhalle der Schillerschule gebracht und von dort aus nach Stuttgart und dann in Konzentrationslager Theresienstadt deportiert. Von diesem Transport von 1206 Juden kamen nur 13 zurück. Sie bezeichnete sich als ein Symbol des Überlebens als eine Zeugin, die an die damaligen grausamen Geschehnisse erinnern will im Namen der Mensch-

lichkeit. „Läßt unsere Bande in Freundschaft vereinen und sagen, daß wir alle Kinder Gottes sind. Wer bin ich? Ein Freund der Menschheit, ein Freund des Friedens.“

Zusammen mit Oberbürgermeister Hans Haller legte sie zum Abschluß der Veranstaltung an der Gedenkfeier einen Kranz nieder mit der Aufschrift: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Sabine Frank



Die beiden Redner Inge Auerbacher und Oberbürgermeister Hans Haller.

Neue Württembergische Zeitung (NWZ) vom 10.11.1988

Im Jahr 2008 wird am 4. 11. zum *Gedenken an Pogromnacht* aufgerufen und auf die laufende Ausstellung zum Thema im Städtischen Museum hingewiesen. Schon am folgenden Tag wird in *Anschläge sind keine Einzelfälle* über die regelmäßigen Schändungen jüdischer Friedhöfe oder anderer Einrichtungen berichtet. Es wird die *Erinnerung an jüdische Familie in Salach* angekündigt. Die *Initiative für den Frieden* veranstaltet einen Vortrag des Archivars Paflik über die Familie Neuenburger. Am 6. 11. erscheint die Ankündigung eines ökumenischen Gottesdienstes der *An Zerstörung der Synode [sic] erinnern* soll. Am 7. 11. berichtet der Artikel *Schlaglichter auf jüdisches Leid* über eine szenische Lesung mit A. P. Wolf in Eislingen. Am 8. 11. beschäftigt sich der Leitartikel mit den Pogromen: *70 Jahre nah*. Darin wird nicht nur die Verknüpfung zeitgenössischer „Hochfinanz“ mit der NS Zeit gezeigt sondern auch die Diskussion um „angemessenes Gedenken“ und ihre Auswüchse beleuchtet. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Notwendigkeit des Geschichtsunterrichtes gerichtet und appelliert, keine Stunden abzubauen. Die Hellhörigkeit, die inzwischen in der Öffentlichkeit herrscht, zeigt die kurze Notiz *Deutsche Juden empört* über einen Pogrom-Vergleich des niedersächsischen Ministerpräsidenten Wulff, auf die auch zwei Tage später *Kritik an „Pogrom“* an schließt. Ein Artikel verweist auf verschiedene Veranstaltungen zum

Gedenken an Pogromnacht in Göppingen wie den ökumenischen Gottesdienst, eine Ausstellungsführung und eine Kranzniederlegung, die von der Stadt organisiert wird. In *Aus der Oper vertreiben* wird über eine Wanderausstellung in Stuttgart (verstummtestimmen.de) geschrieben. Am 10. 11. wird berichtet *Lörrach hat wieder eine Synagoge* und über die *Große Resonanz am Gedenktag zur Pogromnacht*. Dass - soweit dies überhaupt möglich ist - die Fakten zu den historischen Vorkommnissen vorhanden sind, und dass an sie erinnert wird, scheint inzwischen so sehr Normalität zu sein, dass schon wieder Kritik aufkommt und vor Routine und Abstumpfung gewarnt werden muss. Wie erinnert werden soll, steht zur Diskussion, schon länger nicht mehr, ob überhaupt.

Auch **2013**, zum 75jährigen Gedenktag, finden sich viele Referenzen zur NS-Zeit und insbesondere zu den Pogromen. Schon am 2. 11. wird über erfolgreiche Recherchen geschrieben: „*Gestapo-Müller*“ *auf jüdischem Friedhof beerdigt*. Am 4. 11. wird über *Friedliche[n] Protest gegen Neonazis* in Heilbronn berichtet. Es wird berichtet *Ebersbach erinnert an düsteres Kapitel* in Form einer Veranstaltungsreihe, die an Machtergreifung, Bücherverbrennung und Pogrome erinnert. Am 5. 11. wird auf eine Gedenkveranstaltung in Stuttgart hingewiesen: *Gedenken an Pogrome*. Am 6. 11. beklagt der *Dekan: Hatz gegen Ausländer unerträglich*. Er mahnt Christen zu „entschiedenem Handeln“ gegen Neonaziaufmärsche in Göppingen. Am 8. 11. erscheint der Artikel *Gedenken an Pogrome*, der mehrere Veranstaltungen verschiedener Art und verschiedener Veranstalter vorstellt. Die Bandbreite des Erinnerns scheint mit dem zeitlichen Abstand ein größeres Maß anzunehmen. Es wird eine Ausstellung beschrieben über KZ-Häftlinge in Dachau, deren *Schicksale vorgestellt* werden. Am 9. 11. widmet sich der Leitartikel einem *Auftrag für die Zukunft*. Darin wird der Kontrast zwischen dem offiziellen Gedenken und dem gefühlten europaweiten Antisemitismus angeprangert, den eine Studie zu Tage förderte, und die Rehabilitierung des Joseph Süß Oppenheimers gelobt, die „weit mehr als ein Signal“ sei. Es wird über Ruth Recknagel aus Berlin und deren *Leben in ständiger Angst* berichtet. Pfarrer Schmid aus Eislingen macht sich Gedanken zum Datum 9. 11. als *Ge-Denk-Tag*. Über den Pazifisten Erwin Bowien, der *Überlebt[e] am Ende der Welt* wird informiert. Am 11. 11. wird über die Ebersbacher Auftaktveranstaltung zur „Woche des Gedenkens und der Mahnung an die Gräueltaten der nationalsozialistischen Verbrechen“ berichtet.

Über die statistische und inhaltliche Betrachtung der Berichterstattung der NWZ lohnt sich auch ein Blick auf deren Wortwahl. Besonders die



Stolpersteine in Göppingen

Frage der Verwendung der Begriffe *Reichskristallnacht* und *Pogromnacht* sind hier von Interesse.

1946 ist die Rede von einem „Reichstrümmertag“. Die Vorgänge werden als Verbrechen deutlich gemacht, das jedoch als Brandstiftung identifiziert wird.

1958 werden im Artikel zwar zahlreiche nationalsozialistische Begrifflichkeiten verwendet wie „Kristallnacht“, „Führer“ oder „Lösung der Judenfrage“, doch sind sie alle in Anführungszeichen gesetzt.

1963 lässt der Autor viele historische Dokumente für sich selbst sprechen, doch wenn er einen Begriff verwendet ist es „Kristallnacht“, mit und ohne Anführungszeichen. Im lokalen Artikel ist erstmals von Pogromen die Rede und von der sogenannten „Kristallnacht“.

Auch 1978 ist von der „Reichskristallnacht“ die Rede, aber auch von der „Nacht der Synagogenbrände“, was harmloser erscheint. In diesem Jahr wird die Rede des Kanzlers Schmidt zitiert, der sich „weigere“, das „verharmlosende Wort Reichskristallnacht zu benutzen.“

Während 1988 in einem Artikel gezielt die Herkunft des Begriffes „Kristallnacht“ erläutert und seine Verwendung gerechtfertigt wird, da er von der Berliner Bevölkerung ironisch gebraucht worden sei, zitiert der Artikel *Landtagspräsident bat das Volk der Juden um Vergebung* andererseits den „Historiker und Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels 1986,

Prof. Wladislaw Bartoszewski“, der den „Ausdruck *Reichskristallnacht* als „ungewollt zynisch verharmlosend““ bezeichnet hatte.

1998 und in den folgenden Jahren wird der Begriff *Pogromnacht* verwendet, *Kristallnacht* wird vermieden oder erläutert. Doch auch der Begriff *Pogromnacht* wird nicht vorbehaltlos akzeptiert, da damit nur ein sehr begrenzter Zeitrahmen vorgegeben ist.

Dass die NWZ damit exemplarisch für die deutschlandweite sprachliche Entwicklung steht, lässt sich am Wikipedia Artikel „Novemberpogrome 1938“ nachvollziehen, der Teil der Liste der exzellenten Artikel ist. Darin werden nicht nur die Ereignisse selbst und die Diskussion um die Bezeichnungen dargestellt, sondern es findet sich auch eine detaillierte Literaturliste und viele Links, auch zu Primärquellen.

So viel Material sich allerdings auch online sicherlich finden lässt zu diesem Thema, so bietet sich gerade hierzu auch ein Besuch im Archiv an. Die NWZ Jahrgänge können von verschiedenen Gruppen untersucht werden, der zeitliche Umfang der Recherche auf jeweils etwa eine Woche Berichterstattung begrenzt werden und die Artikel sollten inhaltlich, sprachlich und von ihrer Intention heutigen Schülern verhältnismäßig leicht zugänglich sein. Auch lässt sich die Recherche je nach Themenstellung lenken, ob man nun den Wissenszuwachs der Leser, den direkten Betroffenheitsgrad oder andere Intentionen, den statistischen Umfang der Berichte, die sprachlichen Veränderungen oder auch die weltpolitische Einordnung („was sonst noch geschah...“) in den Vordergrund stellen mag.

Literatur:

Dr. Karl-Heinz Rueß: „Was in Paris geschah, das habt ihr zu büßen“, in: Schriftenreihe des Jüdischen Museums Göppingen, 1998.

Einsiehbar unter: edjewnet.de

Aron Tänzer: Die Geschichte der Juden in Jebenhausen und Göppingen, 1927, Nachdruck 1988 unverändert, bebildert, mit weiteren Beiträgen

Ulrich Klotz, Reichskristallnacht in Göppingen. Wissenschaftliche Arbeit im Fach Geschichte/Politikwissenschaft an der Berufspädagogischen Hochschule Stuttgart, maschinenschriftlich, Stuttgart, 1980

Pogrom gegen die Juden in Göppingen 9.–10. November 1938. “Reichskristallnacht“, Hg. GEW GP, Göppingen, 1988, 2. Aufl. 1992



Museum zur Geschichte der Juden im Ostalbkreis in der ehemaligen Synagoge in Bopfingen-Oberdorf

Eva Lienert, Wilhelm Lienert

Bopfingen-Oberdorf. Museum zur Geschichte der Juden im Ostalbkreis. Zwischen Schutzbrief und Schutzhaft

In der ehemaligen Synagoge Bopfingen-Oberdorf befindet sich heute eine Gedenk- und Erinnerungsstätte. Auf 28 anschaulich gestalteten Infotafeln und in Vitrinen wird die Geschichte der einst größten jüdischen Gemeinde in Ostwürttemberg dargestellt. Wenden wir uns zweien der gezeigten Dokumente zu: 1778 beurkundet Franz Wilhelm, Regierender Graf zu Oettingen, Baldern und Sötern in einem „Schutzbrief“, 52 jüdische Familien weitere 20 Jahre in seinem Territorium wohnen zu lassen. 1934 befürwortet der Bürgermeister von Oberdorf das Auswanderungersuchen Heinrich Heimanns nach Palästina. Der 22-jährige war bereits kurz nach der nationalsozialistischen Machtübernahme zwei Monate im Amtsgerichtsgefängnis in Neresheim „in Schutzhaft“ und hat die Zeichen der neuen Zeit rechtzeitig erkannt.

Zwischen diesen beiden Ereignissen liegen etwas mehr als 150 Jahre. Greift man auf den ersten Nachweis von Juden in Oberdorf in den Messgeleitbüchern zur Nördlinger Pfingstmesse 1587 zurück, so kommt

man auf einen Zeitraum von etwa 350 Jahren, in welchem nachgewiesener Maßen Juden in ostwürttembergischen Dörfern lebten.

Als viele städtische Bürger bei den jüdischen Geldverleihern hoch verschuldet waren, sah man die einfachste Lösung des Problems darin, die Juden aus den Städten zu vertreiben, um die Schulden nicht zurückzahlen zu müssen. So geschah es 1501 in Gmünd und 1507 in Nördlingen. Diese Juden brauchten ein Dach über dem Kopf, einen Ort, an dem sie bleiben und wohnen konnten – und die wohlhabenden Juden waren bereit, sich dies etwas kosten zu lassen. Diese Einnahmequelle entdeckten vor allem die Grafen von Oettingen, die seit 1331 vom Kaiser das Recht hatten, Schutzbriefe für Juden auszustellen, allerlei Gebühren dafür zu erheben und später auch Steuern kassieren zu können. Nach der Vertreibung aus Nördlingen lebten im 16. und 17. Jahrhundert vier bis sechs jüdische Familien in Oberdorf, aber auch in vielen anderen Ortschaften der Grafschaft Oettingen wurden Schutzjuden angesiedelt.

Um 1700 wurden wohl wieder Schutzjuden in größerer Zahl angesiedelt, so dass 1711 eine jüdische Gemeinde gegründet werden konnte. Für die 26 jüdischen Familien mit ca. 130 Personen konnte nun ein Rabbiner bezahlt und ein Betraum eingerichtet werden, wahrscheinlich auch eine Mikwe (rituelles Tauchbad).

1812, 1828 und 1849 wurden die Juden in Württemberg Zug um Zug den anderen Bürgern gleichgestellt. Auch in Oberdorf machten sich diese Gesetze bemerkbar: 1823 wurde eine eigene Schule im Dachgeschoss des Frauenbades eingerichtet, was somit auch die Mikwe nachweist. 1824 erwarb die jüdische Gemeinde ein Grundstück für einen eigenen Friedhof. 1830 löste Moses Bloch als erster Rabbiner in Oberdorf den bisher ansässigen Rabbinatssubstitut ab.

Auch wirtschaftlich ging es aufwärts. 1830 gründete Veit Weil eine Fabrik, welche schon bald der größte Arbeitgeber in Oberdorf war, und ihre Produkte bis nach Amerika exportierte. 1832 folgten die Gebrüder Heilmann mit der Gründung ihrer Webwaren- und Trikotagen-Großhandlung zur Herstellung von Wäsche und Arbeitskleidung. Der Bau der Eisenbahn von Bopfingen nach Stuttgart 1862 brachte vor allem den jüdischen Viehhändlern einen großen Aufschwung, konnten sie doch nun den Stuttgarter Schlachthof beliefern.

Der größte Teil der jüdischen Dorfbewohner dürfte jedoch als Hausierer (Schmuser) unterwegs gewesen sein, um die Landbevölkerung mit allerlei notwendigem Kleinkram wie Stecknadeln oder Streichhölzer zu versorgen und ihnen damit Stadtgänge zu ersparen. Dies zeigt sich in der Be-



Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof von Oberdorf

rufsstruktur: Im 19. Jahrhundert gaben von 191 erfassten Personen 56 Handelsmann, 29 Kaufmann und 13 Viehhändler als Beruf an – also mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen waren Händler. Die Niederlassungsfreiheit von 1849 wirkte sich auch auf Oberdorf aus. Zwischen 1850 und 1872 wanderten 86 Juden allein nach Amerika aus, viele andere zogen in die Städte. Von den 545 jüdischen Einwohnern aus dem Jahr 1838 waren 1871 noch 351 verblieben. Auch die jüdischen Nachbargemeinden Aufhausen und Pflaumloch hatten eine ähnliche Entwicklung zu verzeichnen.

Waren sich die christlichen und die jüdischen Einwohner im Alltag auch eher fremd, so gab es wirtschaftlich doch eine starke Verbindung. Die Trikotagenfabrik Heimann bot vielen Frauen die Gelegenheit, in Heimarbeit als Näherin tätig zu sein, die Leimfabrik von Veit Weil war der größte Arbeitgeber im kleinen Ort und die jüdischen Viehhändler bestritten einen Großteil des Gewerbesteueraufkommens der bürgerlichen Gemeinde. Der Fabrikant Karl Weil war lange Jahre Gemeinderat in Oberdorf und als wohltätig bekannt, der Rabbiner Dr. Kroner genoss auch bei den christlichen Bewohnern von Oberdorf hohes Ansehen. Mit Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland bekamen

auch die Juden in Oberdorf die Veränderungen zu spüren: Der Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 traf auch das Textilgeschäft der Familie Heimann, erste Auswanderer suchten in Amerika eine neue Heimat. Am 10. November 1938 wurde in Oberdorf die Synagoge von auswärtigen SA-Leuten angezündet und von den Nachbarn – unabhängig von der Konfession – mit vereinten Kräften gelöscht. Mit Josef Schuster wurde der erste Oberdorfer Jude ermordet, die meisten kamen nach Dachau. 1939 internierte man 54 Juden aus dem Großraum Stuttgart in Oberdorf, die Wohnverhältnisse werden als schrecklich geschildert. 1941 begannen in Oberdorf die Deportationen nach Riga und Izbica, 1942 auch nach Theresienstadt. Von den 88 nach Osten verbrachten Menschen kehrte nach dem Krieg nur Meta Meyer wieder in ihr Haus nach Oberdorf zurück - als einzige Überlebende.

Unterrichtliche Möglichkeiten

Die Synagoge als vorhandener historischer Lernort bietet eine erste Berührung mit den Eigenheiten der jüdischen Religion. Die Bedeutung der zwei Eingänge, die Einteilung der Räumlichkeit, die Thoranische und die ausgestellten Exponate geben Anlass zu Fragen der Schüler und Schülerinnen und zu Vergleichen, sowohl mit der christlichen als auch der islamischen Religion. Fächerübergreifendes Arbeiten bietet sich an.

Aus der Beschäftigung mit dem Fremden folgt die Frage, wieso Menschen mit diesem fremden Glauben in unseren Raum kamen – woran sich ein geschichtlicher Längsschnitt anschließen kann. Die methodisch und didaktisch einprägsam aufbereiteten Tafeln in der Synagoge erlauben einen Gang durch die Geschichte der Juden in unserer Region. Die religiöse und wirtschaftliche Blütezeit des Judentums in Ostwürttemberg im 19. Jahrhundert zeugt von einer gewissen Normalität in den Beziehungen zwischen den beiden Konfessionen. Hierzu lassen sich einzelne historische Stationen sowohl im Leben der jüdischen Gemeinde wie auch in der Entwicklung der bürgerlichen Gemeinde Oberdorf auflisten.

Ein unterrichtlicher Schwerpunkt muss natürlich die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft sein. Am Beispiel der Familie Heimann lassen sich die Auswirkungen der „großen“ Politik auf die lokale Ebene verfolgen: Boykott jüdischer Geschäfte, Schutzhaft, „Reichskristallnacht“ und ihre Folgen, Diskriminierung durch Namensgebung und öffentliche Kennzeichnung, wirtschaftliche Ausschaltung und schließlich Auswanderung, Internierung, Deportation und Vernichtung. Das Schicksal von Millionen mag erschrecken, aber für Jugendliche ist die Beschäftigung



Ehemalige Thoranische im Museum zur Geschichte der Juden im Ostalbkreis

mit ausgewählten Einzelschicksalen pädagogisch sinnvoller, nachdrücklicher. Sie bieten eine Identifikationsmöglichkeit, sie erlauben Emotionen, sie machen betroffen.

Mit Hilfe von lokalen Quellen zu den „großen“ Ereignissen können die Schüler und Schülerinnen hier selbstständig vorgehen und erkennen, wie sich diese Gesetze und Entscheidungen auswirkten. Wenn auch der Familie Heimann die Emigration in die USA gelang, so zeugt doch die Liste der Deportierten von anderen Schicksalen. Mit den vorhandenen Quellen lassen sich sehr eindrucksvoll Gegensätze herausarbeiten, wie an zwei Beispielen gezeigt werden soll.

Vgl. Unterrichtsmodul der Autoren auf dem Landeskundeportal:

<http://www.schule->

[bw.de/unterricht/faecheruebergreifende_themen/landeskunde/modelle/epochen/juden_in_bw/bopfingen/](http://www.schule-bw.de/unterricht/faecheruebergreifende_themen/landeskunde/modelle/epochen/juden_in_bw/bopfingen/)



Aus dem „Bote vom Härtsfeld“, Ende 19. Jh., © Stadtarchiv Bopfingen

Beispiel 1: Die Bedeutung der jüdischen Viehhändler für die Gemeinde - 1862 erlebten sie mit dem Eisenbahnbau eine wahre Blütezeit
- 1938 wurden sie mit einem Berufsverbot belegt.

„Nachdem das Gemeindekataster der Juden von Jahr zu Jahr zurückgeht und außerdem noch der Viehwirtschaftsverband in Stuttgart bei der Landesbauernschaft den Antrag gestellt hat, dass den jüdischen Viehhändlern die Handelserlaubnis entzogen werden soll, hat die Gemeinde durch eine solche Maßnahme einen ganz erheblichen Steuerausfall an Gewerbesteuer.“

Aus einem Gemeinderatsprotokoll in Oberdorf von 1937

Beispiel 2: Das Schicksal der Familie Heimann

Zwei Dokumente zur „Identität“ David Heimanns sind erhalten: Zum einen ist es sein Militärpass, der ihn 1915 als 36-jährigen Familienvater unter die Soldaten des 1. Weltkriegs einreicht, zum anderen gibt es die „Abmeldung bei der polizeilichen Meldebehörde“, die 1939 den 60-jährigen Juden David Israel Heimann aus dem deutschen Reichsverband entlässt.



Nationalität des Soldatenführers.

1. Vor- und Familienname: *David Heimann*

Geboren am *6* im *7* Juli 18 *79*

zu *Oberdorf*

Oberamt: *Feesheim*

Bundesstaat: *Württemberg*

2. Stand oder Gemeinde: *Bopfingen*

3. Religion: *evangel.*

4. Ob verheiratet: *nein* *1^a*

Kinder: *keine* *2^{te}*

5. Datum und Art des Dienst Eintritts: Am *1. 7* / *1911* als *Rekrut. Militärrückführungs- unangebildeter Landsturmpflichtiger.*

6. Bei welchem Truppenteil:

3. Kompagnie
Kra. Batl. Ldw. J. R. 120.

Militärpaß von David Heimann, © Archiv Trägerverein ehem. Synagoge Oberdorf

Abmeldung
bei den zuständigen Stellen

Am *5. August 1911* ist *abgemeldet* worden:

von *Konrad Wilhelm Heimann* *geb. 1. 7. 1876* *abgemeldet* am *5. 8. 1911* *in* *Oberdorf* *bei* *3305/106/11*

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1	Heimann David	evang.	Bopfingen	geb. 1. 7. 1876	Oberdorf	abgemeldet	am 5. 8. 1911	in Oberdorf	bei 3305/106/11		
2	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"
3	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"	"

David David Heimann

Oberdorf

Abmeldung der Familie Heimann, © Stadtarchiv Bopfingen

Ulrich Maier

Synagoge Affaltrach. Museum zur Geschichte der Juden in Kreis und Stadt Heilbronn

Der repräsentative Synagogenbau aus dem Jahr 1851

Drei Gotteshäuser prägten zu Beginn des 20. Jahrhunderts den Ortskern von Affaltrach: die evangelische, spätgotische Johanneskirche, die Synagoge aus dem Jahr 1851 und die katholische Pfarrkirche St. Johann Baptist, die 1899 fertig gestellt wurde. Sie stehen nur wenige hundert Meter voneinander entfernt und geben Zeugnis vom jahrhundertelangen meist friedlichen Zusammenleben von katholischen und protestantischen Christen und Juden in der Gemeinde.

Seit Ende des 16. Jahrhunderts sind Juden in Affaltrach nachgewiesen. Hundert Jahre zuvor wurden sie aus Württemberg ausgewiesen, etwas früher bereits aus den Reichsstädten wie dem nahen Heilbronn (1476). In Affaltrach saßen die Johanniter seit dem 13. Jahrhundert. Mitte des 16. Jahrhunderts wurde die Kommende der Johanniter von Schwäbisch Hall hierher verlegt und seit 1652 war der Johanniterorden „Landesfürst und alleiniger Herr über den Flecken“ (Lagerbuch von 1652).

Die Affaltracher Juden im 17. und 18. Jahrhundert waren Schutzjuden der Johanniter, genossen deren herrschaftlichen Schutz gegen Zahlung eines Schutzgeldes, das eine wichtige Einnahmequelle für den Orden darstellte und Hauptgrund für deren Aufnahme war. Die Gemeinde entwickelte sich rasch. Seit 1701 ist eine „Judenschul“ (Synagoge) nachgewiesen, 1788 wurden 22 jüdische Familien im Ort gezählt. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts lebten um die 120 Juden in Affaltrach. Zu ihrer Blütezeit, Mitte des 19. Jahrhunderts, zählte Affaltrach über 200 Einwohner jüdischen Glaubens, bei 990 Einwohnern insgesamt.

Da die alte Synagoge dieser Zahl nicht gewachsen und außerdem baufällig war, beschlossen das Affaltracher Kirchenvorsteheramt und der zuständige Oberamtswerkmeister einen Neubau und legten der Israelitischen Oberkirchenbehörde im Königreich Württemberg Pläne dafür vor. Nach zahlreichen Änderungen sollte die neue Synagoge um die 5600 Gulden kosten. 400 Gulden übernahm das Königreich Württemberg; der begüterte Affaltracher Geschäftsmann Nathan Krailsheimer stiftete den Bauplatz und weitere 600 Gulden.

Nach nur acht Monaten Bauzeit konnte die Synagoge eingeweiht werden. Das war ein Fest für die gesamte Gemeinde Affaltrach, Protestanten und



Die Synagoge im Ortskern von Obersulm-Affaltrach. Im Hintergrund der Kirchturm der evangelischen Johanneskirche

Katholiken eingeschlossen. Die jüdischen Bürger Affaltrachs waren selbstverständlich Mitglieder in den Vereinen, engagierten sich auch im Gemeinderat und so war es ganz natürlich, dass die christlichen Mitbürger auch im Festzug mitmarschierten, der von der alten Synagoge über die Johanneskirche zur neuen führte. Auch die Bezirksbeamten, die katholischen und evangelischen Geistlichen liefen mit, Schultheiss, Gemeinderat und Bürgerausschuss.

Der Werkmeister des Oberamts Weinsberg Bürk gestaltete den Bau funktional und ästhetisch ansprechend. Er verwendete byzantinische, neoromanische und neoislamische Stilelemente. Besonders charakteristisch erscheinen die Fenster: im oberem Stockwerk mit Rundbogen, die unteren Fenster und Wohnräumen mit waagrechttem Abschluss, die Fenstersprossen geschnitzt und die über beide Geschosse gezogene Fassung aus Sandstein mit Rosettenornamenten. Die rote Backsteinmauerung kontrastiert zum hellen Sockel und den Fensterfassungen aus Sandstein.

Niedergang der jüdischen Gemeinde Affaltrach

Wenige Jahre nach der feierlichen Einweihung begann der Niedergang der jüdischen Gemeinde Affaltrach. Im Zuge der Emanzipation wurden

jüdische Familien wieder in allen Städten des Landes aufgenommen. Im selben Maße wie sich die jüdische Gemeinde in Heilbronn schwunghaft entwickelte, nahm die Zahl der jüdischen Einwohner Affaltrachs kontinuierlich ab. 1880 zählte die jüdische Gemeinde noch 82 Mitglieder, 1900 waren es 59, 1933 noch 15.

Seit 1925 bewohnte eine nichtjüdische Familie die obere Wohnung der Synagoge. Diesem Umstand ist es wohl zu verdanken – neben der engen Bebauung im Ortskern –, dass die Affaltrache Synagoge 1938 zwar im Innern durch SA-Leute aus der Nachbargemeinde zerstört, aber nicht in Brand gesteckt wurde. Viele Affaltracher verfolgten das Geschehen mit Entsetzen. Widerstand regte sich nicht.

Fanni Bogdanow kam am 27. Juni 1913 mit einem Kindertransport nach England. Ihre Mutter Johanna überlebte nach Haft im KZ Bergen-Belsen und KZ Vittel in Frankreich, ihr Vater überlebte im KZ Würzburg, war nach seiner Befreiung aber so geschwächt, dass er kurz danach starb. Die Mutter zog zu ihrer Tochter nach England.

Fanni Bogdanow, damals ein Kind von 11 Jahren, beschrieb später ihre Erinnerung an diesen Tag, an dem auch die Wohnung ihrer Eltern im Erdgeschoss der Synagoge zerstört wurde: „Mit Pickel haben sie die Türen unserer beiden Zimmer aufgebrochen, die Fensterscheiben und Fensterrahmen demoliert, Löcher in die Wände geschlagen und die Möbel – einschließlich der Stühle und Betten – zertrümmert. Kein einziger Teller, keine Tasse sind ganz geblieben. [...] Uns hat niemand geholfen, die Trümmer und Scherben aus unserer Wohnung zu beseitigen. Auch sonst erfuhren wir keinerlei Hilfe oder Unterstützung.“ (zit. n.: Martin Ritter, *Die Synagoge in Affaltrach*, 2001, S. 73)

1942 verkaufte die „Reichsvereinigung der Deutschen Juden“ die Synagoge für 4000 Reichsmark an die Gemeinde Affaltrach. Eine jüdische Gemeinde bestand zu diesem Zeitpunkt nicht mehr am Ort.

Museum zur Geschichte der Juden in Stadt und Kreis Heilbronn

Bis in die achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts wurde das Gebäude im Ortskern von Affaltrach für unterschiedliche Zwecke der Gemeinde genutzt, bevor sich ein „Verein zur Erhaltung der Affaltracher Synagoge“ bildete, um das Kulturdenkmal zu retten. Der Landkreis Heilbronn



Der wiederbergestellte Synagogenraum ist heute Museum und wird auch für Konzerte und Vorträge genutzt.

hat daraufhin die Synagoge nach den alten Plänen von 1851 wiederhergestellt und als Gedenkstätte 1989 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Eine breite Treppe mit zwei Eingängen: Der linke führt in Flur und Treppenhaus des Schul- und Wohntrakts. Gleich links das ehemalige Schulzimmer, dahinter ein Sitzungs- und Gastzimmer, darüber die Wohnung mit koscherer Küche, die ebenfalls wieder eingerichtet wurde. Der rechte Eingang führt in die Synagoge, die sich über beide Stockwerke erstreckt und in Höhe des Obergeschosses eine Empore hat. Die Museumsräume im ehemaligen Schul- und Wohntrakt informieren mit Bildtafeln und Exponaten über die Entwicklung der jüdischen Gemeinden in der Region Heilbronn vom Mittelalter bis zu ihrem Ende in der Zeit des Nationalsozialismus.

Der ehemalige Synagogenraum ist nach den Plänen von 1851 restauriert, gibt auf Schautafeln auf der Empore Informationen zum Synagogenbau



In einem der Museumsräume befindet sich eine Besucherbibliothek.

sowie in Glasvitrinen Kultgegenstände der jüdischen Religion und wird auch als veranstaltungsraum für Vorträge und Konzerte genutzt.

Das Museum wird von den Schulen aller Schularten bei Exkursionen gerne besucht. In der Grundschule ist es empfehlenswert, den Synagogenraum zu betrachten und mit einem Kirchenraum zu vergleichen. Dabei können einzelne Gegenstände zum religiösen Leben gezeigt und erläutert werden.

In der Sekundarstufe können außerdem beide Abteilungen des Museums zur Geschichte der Juden in Kreis und Stadt Heilbronn und zum religiösen Leben eigenständig erkundet werden.

Weitere Hinweise dazu **im Unterrichtsmodul auf dem Landeskundeportal des Landesbildungsservers:**

http://www.schule-bw.de/unterricht/faecheruebergreifende_themen/landeskunde/modelle/epochen/juden_in_bw/affaltrach/

Steffen Gassert

Weitere Unterrichtsmodule zum Thema „Jüdisches Leben in Baden-Württemberg“ auf dem Landeskundeportal des Landesbildungsservers Baden-Württemberg



Schloss Großlaupheim

©Museum Großlaupheim

Museum zur Geschichte von Christen und Juden in Laupheim - Modul von Gabriele Bayer, Dr. Udo Bayer und Ralph Lange

Das Konzept des Museums geht weit über die Darstellung jüdischer Geschichte vor Ort hinaus. Thematisiert wird im Besonderen das Verhältnis von jüdischem und christlichem Leben, das alltägliche Nebeneinander und Miteinander von Juden und Christen.

Ausschnittartig werden die wechselseitigen Berührungspunkte und Beziehungsstrukturen der beiden Bevölkerungsgruppen im Leben einer oberschwäbischen Gemeinde im Verlauf zweier Jahrhunderte herausgestellt.

Das Museum weitet den Blick auf die gemeinsame jüdisch-christliche Geschichte und verengt ihn nicht nur auf die Zeit zwischen 1933 und 1945. Die jüdische Emanzipation wird ebenso thematisch ausgeleuchtet wie die Zeit nach 1945.

Die gelungene didaktische Aufbereitung vor Ort zeigt sich auch in Verbindung zum jüdischen Friedhof, der mit und ohne Führung besucht werden kann und für den eine Beschreibung von Ernst Schäll vorliegt, die über das Modul heruntergeladen werden kann.

Das Modul steht unter folgendem Link bereit:

<http://www.schule->

[bw.de/unterricht/faecheruebergreifende_themen/landeskunde/modelle/epochen/neuzeit/juden/laupheim/](http://www.schule-bw.de/unterricht/faecheruebergreifende_themen/landeskunde/modelle/epochen/neuzeit/juden/laupheim/)



Jüdische Schulklasse in Buttenhausen © Stadtarchiv Münsingen

**Buttenhausen - Ständige Ausstellung in der früheren
Bernheimer'schen Realschule - Modul von Dr. Roland
Deigendesch und Ralph Lange**

Buttenhausen als klassisches Dorf des Landjudentums im deutschen Südwesten eignet sich in idealer Weise zur exemplarischen Erkundung des jüdischen Lebens und des alltäglichen Miteinanders christlicher und jüdischer Einwohnerschaft. Über 150 Jahre lang lebten Juden und Christen in Buttenhausen zusammen, so dass zahlreiche, bis heute noch vorhandene Zeugnisse des einst blühenden jüdischen Lebens in der Gemeinde zum historischen Entdecken einladen.

Als Anleitung zur Erschließung des Ortes und als didaktisches Kernelement einer Exkursion kann die ständige Ausstellung in der ehemaligen Bernheimer'schen Realschule dienen, die durch die Internetpräsenz „Juden von Buttenhausen“ als Vor- oder Nachbereitung eines Besuchs vor Ort sinnvoll ergänzt werden kann.

Weitere thematische Anknüpfungspunkte für den Unterricht können sich aus dem Besuch des Geburtshauses von Matthias Erzberger ergeben oder dem Besuch der nahegelegenen Gedenkstätte Grafeneck.

Ein Besuch des Ortes ist sicher lohnend, nicht nur im Rahmen des Geschichtsunterrichts, sondern auch im Fach Religion zum Thema Christentum und Judentum. Didaktische Zugangsmöglichkeiten können über folgenden Link zum Unterrichtsmodul heruntergeladen werden:

<http://www.schule->

[bw.de/unterricht/faecheruebergreifende_themen/landeskunde/modelle/epochen/neuzeit/juden/buttenhausen/](http://www.schule-bw.de/unterricht/faecheruebergreifende_themen/landeskunde/modelle/epochen/neuzeit/juden/buttenhausen/)



Auerbachs Ebrengrab auf dem Nordstetter Judenfriedhof © Joachim Lipp

Berthold Auerbach – einst eine Weltberühmtheit und heute fast vergessen - Modul von Joachim Lipp

Selbst einige Kenner deutscher Literatur dürften bei der Nennung dieses Namens nur unwissend mit den Schultern zucken. Im 19. Jahrhundert jedoch war Auerbach einer der international bekanntesten deutschen Schriftsteller. Seine „Schwarzwälder Dorfgeschichtenspielen“ spielen in seinem Heimatdorf Nordstetten und schildern die sozialen Konflikte und psychischen Probleme in einem dörflichen Rahmen. Als jüdischer Deutscher richtete er sein besonderes Augenmerk auf das Zusammenleben zwischen Deutschen und Juden. Als Beobachter mit einem genauen Blick für seine Zeit und mit hohem Idealismus vertraute Auerbach fest auf die Annäherung von Deutschen und Juden und setzte große Hoffnungen in die sich entwickelnde Emanzipation der Juden in Deutschland.

Das Modul stellt einen literarischen Spaziergang auf den Spuren Berthold Auerbachs ins Zentrum der didaktischen Annäherung an den Schriftsteller und sein Werk.

Das Modul mit Arbeitsblättern und Textmaterial steht unter folgendem Link bereit:

http://www.schule-bw.de/unterricht/faecheruebergreifende_themen/landeskunde/modelle/verbuende/deutsch/dichter/bertholdauerbach/



Innenraum der Karlsruher Synagoge © Landesmedienzentrum Baden-Württemberg
**Geschichte der Juden in Karlsruhe – Modul von Dr. Rainer Hennl,
Dr. Uri Kaufmann**

Die Karlsruher Juden trugen auf fast allen gesellschaftlichen Ebenen zur wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Entwicklung der Stadt bei und gestalteten die sich entwickelnde bürgerliche Gesellschaft aktiv mit. Karlsruher Juden waren integraler Bestandteil der städtischen Oberschicht, es gab jedoch neben einer zahlenmäßig umfangreichen jüdischen Mittelschicht auch arme Juden sowie Zugewanderte aus Osteuropa, die sich erheblich von den badischen Juden unterschieden, die tief in der deutschen Kultur verwurzelt waren. Die traditionelle Vielfalt des Judentums in Karlsruhe ermöglicht einen differenzierten Blick auf jüdisches Leben im deutschen Südwesten. Trotz der systematischen Zerschlagung der jüdischen Gemeinde in Karlsruhe durch den Nationalsozialismus, trotz Entrechtung, Verfolgung und Ermordung jüdischer Mitbürger gibt es heute eine wachsende jüdische Gemeinde. Diese Vielfalt und die tiefgreifenden Veränderungen in der Geschichte der Juden in Karlsruhe ermöglichen einen facettenreichen Einblick in das Leben der Juden der Stadt im Verlauf der letzten Jahrhunderte.

Das Modul kann in unterschiedliche Fächer eingebettet werden (Deutsch, Geschichte, Religion, Ethik) und bietet der Lehrperson eine große Auswahl an didaktischem Material. Es steht unter folgendem Link bereit:

http://www.schule-bw.de/unterricht/faecheruebergreifende_themen/landeskunde/modelle/epochen/juden_in_bw/karlsruhe/



Marumstele vor dem Verwaltungsbau in Kislau © JVA Bruchsal

Ludwig Marum – Opfer des Nationalsozialismus – Modul von Dr. Konrad Exner

Das Leben des jüdischen Politikers Ludwig Marum, der als Mitglied der SPD aktiv an der Gestaltung des städtischen Lebens in Karlsruhe mitwirkte, kann bis heute als Beispiel für die Entschlossenheit im Kampf für mehr Demokratie und des Widerstandes gegen den Totalitarismus des Nationalsozialismus dienen. Die Person Ludwig Marum kann aber auch exemplarisch herangezogen werden, um die in vielerlei Hinsicht fortgeschrittene Integration jüdischer Mitbürger im kulturellen und politischen Leben einer Großstadt in Südwestdeutschland zu verdeutlichen.

Umso deutlicher wird der zivilisatorische Bruch, der sich mit dem Nationalsozialismus auch in Karlsruhe vollzieht.

In seiner Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zeigte sich Ludwig Marum auch während seiner Haft und bis zu seinem Tod im Konzentrationslager Kislau unerschütterlich und hielt an seinen Werten fest. Bis heute dient daher sein Beispiel als Vorbild für Widerstand gegen den beginnenden Terror, die Ausgrenzung und der Gewalt.

Das Modul stellt dem Besucher der Stadt Karlsruhe eine Anleitung zur Verfügung, um zentrale Ereignis- und Erinnerungsorte im Rahmen einer Lernorterkundung zu besuchen.

Es steht unter folgendem Link bereit:

http://www.schule-bw.de/unterricht/faecheruebergreifende_themen/landeskunde/modelle/epochen/zeitgeschichte/ns/marum/



Hebräische Schriftzeichen und Mesusakerbe an einem ehemaligen jüdischen Wohnhaus in Rexingen © Joachim Lipp

Alijah – vom schwäbischen Rexingen ins galiläische Shavei Zion - Modul von Joachim Lipp

In den dörflichen Gemeinden rund um Horb a. Neckar hat sich über viele Jahrhunderte ein vielfältiges jüdisches Landjudentum entwickelt und bis in die Zeit des Nationalsozialismus erhalten.

Dabei steht Rexingen unter den Dörfern mit einem bedeutenden jüdischen Bevölkerungsanteil für eine ganz besondere Geschichte. Ein Gang durch das Dorf zeigt noch heute deutliche Zeichen einer einst wohlhabenden und lebendigen jüdischen Landgemeinde, die in enger Symbiose mit der christlichen Bevölkerung lebte. Dem Nationalsozialismus gelang es hier nicht so leicht, das Zusammenleben der beiden Bevölkerungsgruppen zu zerstören.

Das Unterrichtsmodul nutzt die Zeichen jüdischen Lebens, die sich in Rexingen an vielen Stellen finden lassen, um die Schülerinnen und Schüler an einzelnen Stationen mit exemplarischen Ausschnitten aus dem Leben in einer jüdischen Landgemeinde vertraut zu machen.

Eine besondere Rolle nimmt die kollektive Flucht einer ganzen Gruppe Rexinger Juden ein, deren Weg in die Freiheit, die Ankunft in Palästina und der Aufbau einer neuen Heimat nachzeichnet wird.

Das Modul steht unter folgendem Link bereit:

http://www.schulebw.de/unterricht/faecheruebergreifende_themen/landeskunde/modulle/epochen/juden_in_bw/rexingen-alijah/



Internierte Frauen im Konzentrationslager Gurs © Landesmedienzentrum Baden-Württemberg

Die Deportation badischer Juden nach Gurs – Modul von Dr. Konrad Exner

Anhand der Auseinandersetzung mit der Deportation badischer Juden kann den Schülerinnen und Schülern mit Bezug zur eigenen regionalen Umgebung eindrücklich die kalte Methodik der Entrechtung und Vernichtung einer ganzen Bevölkerungsgruppe am konkreten Beispiel verdeutlicht werden. Das Material des Unterrichtsmoduls zeigt den Schülerinnen und Schülern beispielsweise die absurd anmutenden bürokratischen Aspekte des Holocausts und lässt sie die verbrecherische Logik hinter dem Vorgehen der verschiedenen lokalen und nationalen Behörden durchschauen: Der „Völkermord als Verwaltungsakt“ - dies wird insbesondere im Material zum Abtransport der jüdischen Bevölkerung aus den badischen Gemeinden ins Konzentrationslager Gurs in Südfrankreich deutlich. Weitere Aspekte des Unterrichtsmoduls betreffen das Leben der deportierten Juden im Konzentrationslager Gurs.

Eine besondere didaktische Möglichkeit eröffnet das Unterrichtsmodul durch zusätzliches Aufgabenmaterial für Lerngruppen der Sekundarstufe II. Durch diese Zusatzmaterialien können Schülerinnen und Schüler weitgehend selbstständig in Archiven bzw. Bibliotheken mit Adressbüchern und Deportiertenlisten arbeiten und so vertiefte Einblicke gewinnen.

Das Modul steht unter folgendem Link bereit:

http://www.schule-bw.de/unterricht/faecheruebergreifende_themen/landeskunde/modelle/epochen/zeitgeschichte/ns/gurs/



Das ehemalige Synagogengebäude in Haigerloch © Markus Fiederer

Eine hohenzollerische Kleinstadt und die Schoah: Die jüdische Gemeinde Haigerloch 1933 bis 1942 – Modul von Markus Fiederer

Die didaktischen Chancen dieses Moduls liegen in ganz besonderer Weise im ergreifenden Einzelschicksal der Familie Spier. Julius Spier wurde im Alter von 15 Jahren deportiert und ermordet. Durch den eindrücklichen biographischen Bezug wird deutlich, in welchem Spannungsfeld die jüdischen Familien in den Jahren zwischen 1933 und 1942 standen, wenn es beispielsweise um die Frage der Auswanderung ging.

Eine andere Möglichkeit des Moduls besteht in der exemplarischen Beschäftigung mit der Frage, wie sich die antijüdische Politik der Nationalsozialisten in einer konservativ geprägten Kleinstadt durchsetzen konnte und welche Mechanismen dabei wirkten.

Über den Besuch der Dauerausstellung und des Wohnviertels „Haag“ können Spuren jüdischen Lebens direkt vor Ort entdeckt werden. Besonders die einzigartige Verbindungsstruktur des säkularen und religiösen Lebens der jüdischen Gemeinde wird für Schülerinnen und Schüler leicht nachvollziehbar.

Zudem ermöglicht es das vielfältige Archivmaterial vor allem aus dem Staatsarchiv Sigmaringen, den gewonnenen Einblick weiter zu vertiefen. Die biographischen Bezüge zur Rabbinerfamilie Spier eröffnen zudem gewinnbringend Chancen für fächerverbindendes Arbeiten mit den Fächern Religion und Ethik.

Das Modul ist unter dem Link zu finden: http://www.schule-bw.de/unterricht/faecheruebergreifende_themen/landeskunde/modelle/epochen/zeitgeschichte/ns/haigerloch/



Stolperstein in Freiburg für Hermine Günzburger © Sybille Buske

Freiburger Juden 1933-45: Ausgegrenzt, ausgeplündert, ermordet – Modul von Sybille Buske

Betrachtet man die Situation der jüdischen Bevölkerung Freiburgs vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, zeigt sich eine in die Gesellschaft der Stadt integrierte Bevölkerungsgruppe von mehr als tausend Personen. Menschen jüdischen Glaubens waren häufig in gesellschaftlich besonders anerkannten Berufen tätig: Ärzte, Rechtsanwälte, Unternehmer, Bankiers, Kaufleute und Wissenschaftler. Sie trugen damit auch zum wirtschaftlichen und kulturellen Gedeihen Freiburgs bei.

Das Unterrichtsmodul nimmt Menschen in den Fokus, deren Schicksal exemplarisch für die Juden Freiburgs und ihre Leidensgeschichte zwischen 1933 und 1945 steht. Es arbeitet sowohl über das Stolpersteinprojekt, um Schülerinnen und Schüler an verschiedene Einzelschicksale heranzuführen, als auch mit vertiefenden Materialien, die verschiedene Aspekte der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in den Blick nehmen. In einem Rundgang durch die Stadt kann an einzelnen Stationen anhand ausgewählter Biographien die Verfolgungsgeschichte der Juden Freiburgs erläutert werden. Alternativ oder als Ergänzung dazu erlaubt das Material die Bearbeitung beispielsweise in Form eines Stationenlernens in der Schule und ermöglicht es der Lehrkraft, die Dauer und Intensität der Behandlung der jeweiligen Lerngruppe anzupassen.

Das Modul steht unter folgendem Link bereit:

http://www.schule-bw.de/unterricht/faecheruebergreifende_themen/landeskunde/modelle/epochen/zeitgeschichte/ns/freiburg/



Judenboykott in Rastatt am 1.4.1933 © Stadtarchiv Rastatt

Ausgrenzung und Verfolgung der Juden in Rastatt 1933-1945 - eine Spurensuche im Rastatter Stadtarchiv – Modul von Ingo Brömel

Das Schicksal der jüdischen Bevölkerung in Rastatt zeigt, dass die Nationalsozialisten ihre zunehmend aggressiver werdenden Maßnahmen gegen Juden nicht nur vor den Augen der nichtjüdischen Bevölkerung durchführen, sondern häufig auch mit direkter Unterstützung rechnen konnten. Materialien des Stadtarchivs Rastatts zeigen diese Verstrickung in die verbrecherischen Maßnahmen auf. Es wird in diesem Zusammenhang deutlich, wie einfache Bürger von der Ausgrenzung, Entrechtung und Enteignung ihrer jüdischen Mitbürger profitiert haben und damit dem nationalsozialistischen Regime das mörderischere Vorgehen gegen die jüdische Bevölkerung teilweise erst ermöglicht haben.

Im Zentrum steht das reichhaltige Archivmaterial, das von den Schülerinnen und Schülern mit Hilfe eines Rollenspiels in Form eines Fernsehinterviews mit fiktiven Zeitzeugen und Geschichtsexperten erarbeitet werden kann.

Das Material ist auch ohne einen Besuch des Stadtarchivs im Rahmen des üblichen Schulunterrichts anwendbar. Damit kann die Lehrkraft das Modul flexibel auf die eigene Lerngruppe und die zur Verfügung stehende Zeit anpassen.

Das Modul ist unter folgendem Link zu finden:

http://www.schule-bw.de/unterricht/faecheruebergreifende_themen/landeskunde/modelle/epochen/zeitgeschichte/ns/rastatt/

Landeskundebeauftragte des Ministeriums für Kultur, Jugend und Sport Baden-Württemberg im Regierungsbezirk Stuttgart, Schuljahr 2014/2015:

Dr. Kerstin Arnold, Andraee-Gymnasium, Schießtäle 33, 71083 Herrenberg, Landeskundebeauftragte für den Schulamtsbezirk Böblingen (kerstin.arnold@landeskunde-bw.de)

Matthias Fellinghauer, Gymnasium Plochingen, Tannenstr. 47, 73207 Plochingen, Landeskundebeauftragter für die Schulamtsbezirke Stuttgart und Nürtingen (matthias.fellinghauer@landeskunde-bw.de)

Steffen Gassert, Justinus-Kerner-Gymnasium Weinsberg, Rossäckerstr. 11, 74189 Weinsberg, Landeskundebeauftragter für den Schulamtsbezirk Heilbronn (steffen.gassert@landeskunde-bw.de)

Annika Hanisch, Glemstalschule (GMS), Herrenwiesenweg 35, 71701 Schwieberdingen-Hemmingen, Landeskundebeauftragte für den Schulamtsbezirk Ludwigsburg (annika.weng@gmx.de)

Eva Lienert, Realschule Mutlangen, Forststr. 6, 73557 Mutlangen, Landeskundebeauftragte für den Schulamtsbezirk Göppingen (eva.lienert@landeskunde-bw.de)

Wilhelm Lienert, Uhlandschule, Wolf-Hirth-Str. 22, 73529 Schwäbisch Gmünd, Landeskundebeauftragter für den Schulamtsbezirk Göppingen (wilhelm.lienert@landeskunde-bw.de)

Alexander Maimer, Martin-Schleyer-Gymnasium, Becksteinstr. 80, 97922 Lauda-Königshofen, Landeskundebeauftragter für den Schulamtsbezirk Künzelsau (Alexander.Maimer@gmx.de)

Kilian Mosemann, Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium 97877 Wertheim, Conrad-Wellin-Str. 6-8 Landeskundebeauftragter für den Schulamtsbezirk Künzelsau (kilian.mosemann@landeskunde-bw.de)

Hubert Segeritz, Martin-Schleyer-Gymnasium, Becksteinerstr. 80, 97922 Lauda-Königshofen, Landeskundebeauftragter für den Schulamtsbezirk Künzelsau (hubert.segeritz@landeskunde-bw.de)

Alok Sinha, Eschbach-Gymnasium, Adalbert-Stifter-Str. 40, 70437 Stuttgart, Landeskundebeauftragter für die Schulamtsbezirke Stuttgart und Nürtingen (alok.sinha@landeskunde-bw.de)

Sandra Vöhringer, Glemstalschule (GMS), Herrenwiesenweg 35, 71701 Schwieberdingen-Hemmingen, Landeskundebeauftragte für den Schulamtsbezirk Ludwigsburg (sandra.voehringer@landeskunde-bw.de)

Peter Clemens Weber, Ernst-Abbe-Gymnasium 73447 Oberkochen, Landeskundebeauftragter für den Schulamtsbezirk Göppingen (peterklemens.weber@web.de)

Dr. Otto Windmüller (Koordinator), Kaufmännische Schule Schwäbisch Hall, Max-Eyth-Str. 13-25, 74523 Schwäbisch Hall, Landeskundebeauftragter für den Schulamtsbezirk Künzelsau (otto.windmueller@landeskunde-bw.de)

Dem Arbeitskreis gehört außerdem an:

Maria Würfel, Warbeckweg 8, 73525 Schwäbisch Gmünd (maria.wuerfel@t-online.de)

Ulrich Maier, Prielstraße 2, 78354 Sipplingen (ulrich.maier@landeskunde-bw.de)

Fortbildungen der Landeskundebeauftragten im Schuljahr 2014/2015

Im Schuljahr 2014/2015 finden wieder Fortbildungen unserer Landeskundebeauftragten statt. Soweit sie zum Redaktionsschluss feststanden, sind sie im Folgenden aufgeführt. Auf unserer Homepage www.projekte-regional.de finden Sie aktuelle Hinweise zu den Fortbildungen, ebenso auf www.landeskunde-bw.de, dem Landeskundeportal des Landesbildungsservers.

Alok Sinha, Judenverfolgung in Stuttgart im Nationalsozialismus – Biografieforchung im Stadtarchiv, 12.11.2014, Stadtarchiv Stuttgart

Ingrid Berger-Wagenhals, Die Wutbauern im Remstal und der Tübinger Vertrag 1514, November 2014

Steffen Gassert, Die Gedenkstätte KZ Kochendorf - Materialien und Projekte für den Unterricht, Frühjahr 2015.

Unsere Landeskundebeauftragten führen auf Anfrage auch Fortbildungen an Schulen durch, z.B. an Pädagogischen Tagen oder auch für Fachschaften sowie an Seminaren für Lehrerbildung aller Schularten. Sprechen Sie uns an!

Bisherige Ausgaben von PROJEKTE REGIONAL

1/2006

Landesgeschichte und Seminarkurs/Kursstufe Gymnasium

2/2007

Landeskunde/Landesgeschichte in der Lehrerbildung

3/2008

Das Eislinger Saurierprojekt. Universität, Schule, Landkreis und Gemeinde erfüllen eine Ausstellung mit Leben

4/2009

Schule und Archiv

5/2010

Schulgeschichte im Museum und Archiv

6/2011

Die Römer vor der Haustür

7/2012

Lebendiges Mittelalter

8/2013

Industrie- und Technikgeschichte

9/2014

Zeitgeschichte

10/2015

Jüdisches Leben in Baden-Württemberg

Alle Ausgaben auch im Download unter www.projekte-regional.de